



A. Wittek

# Ein Ehrenamt für Hartnäckige

Bürgermeister in der mecklenburgischen Provinz

STADTGESPRÄCHE



*Eine kleine Geschichte davon, welches Potential im ländlichen Raum steckt und warum wir es oft nicht ausreichend nutzen.*

*Und ein Plädoyer dafür, den ländlichen Gebieten unseres Landes wieder mehr zuzutrauen – Verantwortung zu übertragen und Ressourcen bereitzustellen. Weil dort viel mehr möglich ist und unsere Gesellschaft davon sehr profitieren könnte.*

*Auch über die konkrete Region hinaus ...*



A. Wittek

# Ein Ehrenamt für Hartnäckige

Bürgermeister in der mecklenburgischen Provinz

STADTGESPRÄCHE



Herausgeber: Stadtgespräche e. V., Rostock

[www.stadtgespraeche.org](http://www.stadtgespraeche.org)

Verantwortlich (V.i.S.d.P.): Dr. Kristina Koebe

Redaktionsschluss: Juni 2024

Lektorat: Dr. Kristina Koebe

Mit einem Nachwort von Michael Schmidt

1. Auflage: 750 Exemplare

Layout: be:deuten.de

Foto Cover: privat

kostenfrei (kein Verkaufsexemplar)



## Das Leben vor der Bürgermeisterzeit – eine kleine Vorgeschichte

Geboren wurde ich 1955 in Merseburg, im Süden des heutigen Bundeslandes Sachsen-Anhalt, damals noch Bezirk Halle. Meine Mutter arbeitete im Schichtsystem bei der Deutschen Reichsbahn, der Bahngesellschaft der DDR. Als Alleinerziehende konnte sie mich nicht ausreichend betreuen, so dass ich einen großen Teil meiner ersten Lebensjahre bei meiner Großmutter in Coswig Anhalt und in verschiedenen Kinderheimen verbrachte. Das änderte sich, als meine Mutter ihren späteren Mann kennenlernte. Er stammte aus Tüzen, einem kleinen Dorf im sehr ländlichen Raum zwischen Wismar und Rostock. Wir, nun eine Familie, zogen 1962 gemeinsam in die Gemeinde Pässe, zu der Tüzen gehörte – also an den Ort, in dem diese Geschichte spielt und in dem ich seit 1988 wieder und bis heute lebe. Auch meine Tüzener Kinderjahre verbrachte ich in einfachen Verhältnissen: Meine Eltern arbeiteten beide in der Landwirtschaft und verdienten nicht besonders viel. Am Monatsende war das Geld eigentlich immer knapp. Trotzdem habe ich an diese Zeit, das Leben in dem kleinen Dorf, nur gute Erinnerungen. Pässe lag schon damals irgendwie hinter den sieben Bergen. Dass sich das so anfühlte, war wohl auch der unmittelbaren Nähe zur Kreisgrenze geschuldet, die damals, für uns Kinder, einer Staatsgrenze gleichkam – man überquerte sie im Grunde fast nie. Wenn wir unseren kleinen Ort verließen, zog es uns eher in Richtung Süden in die 24 Kilometer entfernte Kleinstadt Bützow, in der es damals eine ganze Reihe von privat geführten Läden gab. Gemessen an den damaligen Umständen, konnte man dort wirklich gut einkaufen.

Pässe selbst war Anfang der 1960er Jahren ziemlich schlecht entwickelt – Bewegung kam erst durch Walter Ulbrichts Belebungsinitiative „Kultur auf's Land“ in den Ort. Nun wurden hier nicht nur Neubaublöcke gebaut, es entstand auch ein riesiges Kulturhaus mit Veranstaltungsräumen, darunter ein Saal mit Parkett, in dem bis zu 280 Gäste Platz fanden. Außerdem gab es darin eine Gaststätte, eine Küche und Büroräume. Das brachte tatsächlich kulturelles Leben in den Ort, auch weil die damalige Gastspieldirektion bekannte Künstler

auf Tourneen durch den ländlichen Raum schickte. Pässe wurde plötzlich ein regelrechter Anziehungspunkt für Menschen aus der ganzen Region. Damals lebten hier mehr als sechshundert Menschen, darunter viele, die 1945 aus den ehemaligen deutschen Gebieten im östlichen Europa geflüchtet waren. In der Zeit dieses Aufschwungs, Mitte der 1960er Jahre, plante man nicht nur die Einrichtung neuer Bauernhöfe, sondern sogar den Bau einer eigenen Polytechnischen Oberschule. Doch der Aufwärtstrend geriet schon wenige Jahre später wieder ins Stocken. Mitte der 1970er Jahre entstand im nahegelegenen Neukloster ein Rinderaufzuchtbetrieb. Für diesen errichtete man auch ein eigenes kleines Neubaugebiet, um Menschen eine Wohnung bieten zu können, wenn sie in diesen Betrieb wechselten – zu DDR-Zeiten ein außerordentlich starkes Argument. Wer damals die Wahl zwischen einer modernen Neubauwohnung und einem Zimmer im Haus der Eltern oder einer kleinen Kammer hatte, überlegte nicht lange. Die Abwanderung wurde dadurch verstärkt, dass in Pässe selbst kaum neue Wohnungen entstanden und man am Ende sogar einen Teil der dortigen LPG-Tierproduktion nach Neukloster verlagerte. Pässe blutete regelrecht aus – im Wendejahr 1989 lebten hier nur noch 270 Menschen.

Als ich als Sechsjähriger 1962 nach Tüzen kam, standen all diese Entwicklungen noch bevor. Ich war bereits im Kinderheim eingeschult worden, in dem ich zuletzt gelebt hatte – und wechselte nun in die erste Klasse der zwei Kilometer entfernten Volksschule. Die sah genauso aus, wie man sich eine kleine Dorfschule in diesen Tagen vorstellt: Zwei Lehrkräfte unterrichteten in zwei Räumen Kinder der Klassenstufen 1 bis 4. Vertretungskräfte oder eine Schulleitung gab es nicht. Einer der beiden Lehrer konnte seine schon vor 1945 begonnene Berufstätigkeit auch in der DDR fortsetzen – und änderte weder an seinem Erziehungsstil noch an den Inhalten viel. Bei ihm bekam man auch schnell mal eine gepfeffert, wenn man nicht spurte. Der andere war genau das Gegenteil: ein überzeugter Sozialist, aber frei von pädagogischer Eignung – ich bin mir nicht sicher, ob er überhaupt über eine Ausbildung verfügte. Da er für meine Klasse verantwortlich war, verwundert es mich rückblickend kaum, dass ich in diesen ersten vier Schuljahren wirklich nur Lesen und Schreiben lernte. Entsprechend schlecht war ich dann auch vorbereitet, als ich nach der vierten



Klasse auf die Polytechnische Oberschule im nahegelegenen Glasin wechselte. Dort gelang es mir bis zur achten Klasse nicht, den Anschluss an den Schulstoff zu finden. Ich verlor immer mehr die Lust an der Schule, denn Lernerfolge gab es für mich keine. Eigentlich hätte ich regelmäßig sitzenbleiben müssen, aber man versetzte mich jedes Jahr, eine Art Weg des geringsten Widerstandes. Als ich in der achten Klasse ankündigte, die neunte und zehnte Klasse an der Schule in Neukloster besuchen zu wollen, legte man mir sehr deutlich nahe, die Schule zu beenden und eine Lehre zu beginnen. Anderenfalls würde ich von nun an einfach sitzenbleiben. Und in der Tat hätte mein Zeugnis sehr dafür gesprochen, die achte Klasse zu wiederholen, aber meine Lehrer wollten mich nicht länger als nötig an der Schule haben. Also wurde ich, nach Kann-Bestimmung, wie es damals hieß, in die neunte Klasse versetzt, und meine Eltern suchten mir innerhalb weniger Wochen eine Lehrstelle. Ich fand einen Ausbildungsplatz als Installateur und Klempner bei der Zentralen Bauorganisation (ZBO) in Dorf Mecklenburg und begann dort meine Lehre, ohne genauer zu wissen, was der Beruf überhaupt beinhaltet. Aber ich hatte Glück: Die Ausbildung gefiel mir gut und ich lernte unglaublich viel. Am Ende konnte ich Betriebsbauten ebenso anschließen wie Eigenheime, Brunnen ebenso wie kleine Hoftoiletten. Und zum ersten Mal in meinem Leben hatte ich auch schulische Erfolge: Ich holte in der Lehre die neunte und zehnte Klasse nach, weil ich verstand, dass ich sonst immer Hilfsarbeiter würde bleiben müssen. Das Ganze gelang zwar nur mit Ach und Krach, denn die Lücken aus der früheren Schulzeit waren enorm, aber am Ende hatte ich den 10.-Klasse-Abschluss und war Facharbeiter. Meine Armeezeit folgte, danach wollte ich unbedingt zur Handelsmarine, um mehr von der Welt zu sehen. Das scheiterte daran, dass man mir weder Lehre noch NVA-Zeit als die zwei Praxisjahre anerkannte, die ich für so eine Laufbahn gebraucht hätte. Also stand ich sehr plötzlich ohne Anstellung da. Damit begann eine Art beruflicher Nomadenzeit: Ich arbeitete zunächst ein halbes Jahr Arbeit in der Zuckerfabrik, danach ein paar Monate Arbeit für die „Berlin-Initiative“, die mich allerdings nach Rostock und Neubrandenburg statt in die Hauptstadt führte. Zuerst baute ich in der Hansestadt die Sport- und Kongresshalle mit auf, danach in der Vier-Tore-Stadt das spätere Bezirkskrankenhaus. Als ich dann meine Frau kennenlernte, zog ich nach Gnemern, den Heimatort meiner Frau, und arbeitete

dort in der Landmaschinenschlosserei. Mehr Spaß machte mir meine Arbeit dann, als ich die Möglichkeit bekam, aus der damals leerstehenden Wasserburg Gnemern eine Gaststätte zu machen. Die letzte Gastronomie in diesem Ort hatte es in 1960er Jahren gegeben – nun versuchten wir, das mit wenig Geld, aber dafür mit reichlich Feierabendarbeit zu ändern. Mein Arbeitgeber war der zuständige Bezirksverband der Konsumgenossenschaften der DDR, kurz Konsum genannt. Dieser verwaltete damals die meisten Gaststätten auf dem Lande. Dort glaubte niemand daran, dass es uns gelingen würde, die Gaststätte herzurichten und dann erfolgreich zu betreiben. Aber wir schafften es, auch dank eines Einwohners aus Gnemern, der eine Tischlerwerkstatt leitete. Gemeinsam mit ihm arbeiteten wir einen Teil des Schlosses auf und machten aus dem ehemaligen Schlafzimmer des Barons von Meerheim eine Gaststätte, ausgestattet unter anderem mit einem aus Bützow vererbten alten Tresen. Vom Tag der Eröffnung an kamen genügend Gäste zu uns – den damals vorgeschriebenen Mindestumsatz von 5.000 Mark pro Monat, schafften wir ohne Probleme. Das lag auch daran, dass wir dort regelmäßig Veranstaltungen organisierten. Es war eine tolle Zeit, in der ich unglaublich viel lernte – auch über den Umgang mit Menschen. Aber als sich alles eingespielt hatte und die Routinen überwogen, fehlten mir die Entwicklungsmöglichkeiten. Die waren mir inzwischen wichtig, ganz anders als in meiner Schulzeit. Also zogen wir im Jahr 1982 nach Domersleben bei Magdeburg, in den Heimatort des Vaters meiner Frau. Erneut übernahm ich die Leitung einer Gaststätte in einem Schloss. Diese war deutlich größer und besser erhalten als die in Gnemern, hatte zu dem Zeitpunkt aber einen äußerst fragwürdigen Ruf: „Der dreckige Löffel“ nannten sie die Leute im Ort. Auch hier setzten wir auf Kulturveranstaltungen, auch hier lief der Laden schon sehr bald richtig gut, was aber eben auch viel Arbeit für mich bedeutete. Mir wurde immer klarer, dass ein Berufsabschluss im Bereich Gastronomie meine Arbeits- und auch meine Einkommenssituation erheblich verbessern würde. Also begann ich berufsbegleitend eine neue Ausbildung. Über zwei Jahre hinweg saß ich immer abends und an den Wochenenden auf der Schulbank. Am Ende durfte ich mich Gaststättenfacharbeiter nennen. Damals waren unsere drei Kinder schon auf der Welt, und meine hohe Arbeitsbelastung brachte unsere Ehe an ihre Grenzen. Als mir das klar wurde, zog ich umgehend die Not-

bremse: Ich sprach mit meinen Vorgesetzten beim Konsum. Man schlug mir vor, in die Verwaltung zu wechseln, um mich dort um die gastronomische Versorgung von Veranstaltungen zu kümmern. Das lag und gefiel mir, also sagte ich zu. Leider verstarb zu dieser Zeit mein Stiefvater. Meine damals bereits an Krebs erkrankte Mutter kam nicht mehr allein zurecht. Also zogen meine Familie und ich im Jahr 1988 zurück nach Tüzen. Als am Ende desselben Jahres auch meine Mutter verstarb, übernahm ich das Haus meiner Eltern, in dem wir bis heute leben.

## Vom Bürgermeisterwerden

Bürgermeister meiner Gemeinde wurde ich zwei Jahre nach meiner Rückkehr, in der Wendezeit. Unter den veränderten Bedingungen erschien es mir nur konsequent, mich für das Amt zu bewerben. Ich hatte mich schon immer engagiert, im Kulturbereich, im Dorfclub und zuletzt auch schon im Gemeinderat. Das forderte mich und machte mir Spaß. Mitzugestalten, Verantwortung zu übernehmen, in Gruppen zu planen – all das war mir keineswegs fremd. Rückblickend betrachtet war meine Entscheidung ziemlich blauäugig. Aber wie hätte ich mir damals vorstellen sollen, was in den kommenden Jahren alles auf mich zukommen würde? Ich war damals Kandidat der SPD, in die ich 1990 eingetreten war, voller Sympathie für Politiker wie Oskar Lafontaine, Björn Engholm, Helmut Schmidt und Willy Brandt. Trotzdem war die Bewerbung um dieses Amt vor allem eine persönliche Entscheidung. Mein Parteiumfeld spielte eigentlich keine große Rolle und auch meinen Wahlkampf organisierte ich allein: Er bestand allein darin, allen Einwohnern der Gemeinde einen Brief zu schreiben, in dem ich meine Pläne für den Ort beschrieb. Das ist der Vorteil eines so kleinen Dorfes – man kann mit jedem Einwohner reden, Fragen direkt und persönlich beantworten. Allerdings war die Wahl damals keine Direktwahl: Die Pässeer wählten den Gemeinderat und dieser dann in geheimer Wahl den Bürgermeister. Trotz der ungeraden Zahl von Ratsmitgliedern erhielten der einzige Gegenkandidat und ich gleich viele Stimmen, was bedeutete, dass sich ein Mitglied enthalten hatte. Meine offene Kritik daran – ich fand, dass gewählte Vertreter immer eine eigene Meinung haben und vertreten sollten – war am Ende wohl der Grund für meinen Wahlsieg: Die Mehrheit der Gemeinderatsmitglieder hatte offenbar das Gefühl, dass eine große Klappe in dem Amt ein Vorteil sein könnte.

Schon vor meinem Amtsantritt empfand ich Pässe zu hundert Prozent als meinen Heimatort – auch in meinen „Wanderjahren“ hatte ich mich immer hier verwurzelt gefühlt. Hier wohnten meine Eltern, kannte ich die Menschen, alles fühlte sich vertraut an. In den ersten anderthalb Jahren war ich noch haupt-

amtlicher Bürgermeister – bekam für meine Arbeit also ein Gehalt, von dem ich leben konnte. Reich wurde man davon nicht, es waren wohl so um die 1500 Mark. Aber ich konnte mich eben ohne Einschränkungen meiner neuen Aufgabe widmen. Das war auch gut so, denn ich musste mich von einem Tag auf den anderen in ein vollkommen neues Arbeitsfeld hineinfinden und das in der turbulenten Wendezeit, in der alles im Fluss war und keine Woche verging, ohne dass per Post Informationen über neue gesetzliche Bestimmungen eintrafen. Ich habe damals ganze Arbeitstage damit verbracht, mich in eine Sachlage einzulesen – und das noch ganz ohne Internet. Anders war es nicht möglich, unsere jeweils aktuellen Handlungsmöglichkeiten als Gemeinde zu verstehen. Das war eine Zeit des ständigen Lernens, aber ich war auch bereit dazu und empfand das keineswegs als schlimm, sondern als wichtigen Bestandteil meiner neuen Aufgabe. Die monatlichen Bürgermeisterkonferenzen beim Landrat boten zusätzliche Hilfe. Damals war die Zusammenarbeit zwischen kommunaler und Kreisebene eine ganz andere als heute: Hatte ich eine Frage oder war mir ein Fehler unterlaufen, konnte ich einfach zum Hörer greifen und wir suchten gemeinsam nach einer Lösung. Macht man heute einen Fehler, kommt aus dem Landratsamt eher ein Bußgeldbescheid. Allerdings endete meine hauptamtliche Bürgermeisterzeit schon nach weniger als anderthalb Jahren. Damals ging es ja darum, dass die Ämter effektiver für die Gemeinden arbeiten können. Also wurde ein Gesetz zur Ämterbildung erlassen. Mit dessen Inkrafttreten wurden Bürgermeister in den kleinen Gemeinden automatisch Ehrenamtler – und ich von einem Tag auf den anderen arbeitslos. Das war erstmal schwer einzusehen: Die Arbeit war umfangreich und wurde nicht weniger, aber auf einmal musste ich sie unvergütet leisten und mich nach einem neuen Job umsehen

Insgesamt waren die ersten Nachwendejahre eine interessante Zeit voller Gestaltungsmöglichkeiten und spannender Aufgaben. Im Grunde ging es ja darum, das gesamte Gemeindeleben auf neue Füße zu stellen – und das so nah an den Menschen und so unbürokratisch wie möglich. Damals war das Büro des Bürgermeisters eine Art Schaltzentrale des Ortes. Das lag aber auch daran, dass dort eines der drei Telefone stand, die es in Pässe gab. Hier wurden sogar Kartoffeln oder Kohlen bestellt, wenn jemand sie brauchte. Zu dieser Zeit gab

es in der Gemeinde noch viel Infrastruktur, die dann in den Folgejahren Schritt für Schritt wegbrach. Wir hatten einen eigenen Konsumladen, eine Gemeindegewerbestation, in die einmal wöchentlich der Arzt kam, eine Bibliothek, eine Poststelle, eine Annahmestelle für Reparaturen und einen Friseur, der ebenfalls an bestimmten Tagen in Pässe war. Und nicht zuletzt auch ein Gemeindebüro, das durch meine Sekretärin jederzeit stabil besetzt war. Mitte der 1990er Jahre verschwand all das: Der Arzt durfte nicht mehr in den Ort kommen. Der Versuch, monatlich die Frauenärztin nach Pässe zu holen, scheiterte an den Vorgaben der Krankenkasse. Als letztes schloss dann die Poststelle des Ortes – danach gab es in der Gemeinde Pässe eigentlich nur noch Wohnhäuser. Dieser Prozess fühlte sich dann sehr viel weniger gut an, war kein Gestalten, sondern ein Verwalten vom Niedergang. Ich erinnere mich noch gut daran, wie wir versuchten, durch Zusammenlegung die Kinderkrippe und den Kindergarten des Ortes zu retten. Auch das am Ende erfolglos, weil es laut Betreuungsschlüssel zu wenige Kinder im Ort gab, um eine eigene Betreuung zu rechtfertigen. Das war eine fragwürdige Rechenübung, aber wir konnten nichts dagegen tun: Leute zogen weg oder kamen nicht zu uns, weil in Pässe keine Kinderbetreuung möglich war. Das verringerte die Kinderzahl weiter – ein Teufelskreis. Hinzu kam, dass wir in der Gemeinde kaum noch bauen durften. Entsprechende gesetzliche Vorgaben erschwerten, dass sich neue Leute in der Gemeinde ansiedelten. Anfang der 1990er Jahre hatte ich die Idee, Pässe zu einem Wohnort für Menschen zu machen, die in den neugeschaffenen Gewerbegebieten im Umland arbeiteten. Dazu planten wir für die Gemeinde ein neues Wohngebiet mit schönen, großen Baugrundstücken. Ich fand einen Architekten, der diese Vorplanung kostenlos übernahm und führte Gespräche mit dem Kreis. Dort lehnte man das Projekt mit der Begründung ab, wir sollten zunächst die Lücken innerhalb des Dorfes bebauen, ehe wir neue Flächen erschlossen. Diese Erfahrung musste ich leider seitdem immer wieder machen: Du willst etwas Neues entwickeln, planst eine wichtige Maßnahme für die Gemeinde, die nicht einmal wirklich Geld kostet. Und dann scheitert das Ganze an Bürokratie und Starrsinn, ohne dass es dafür einleuchtende Gründe gibt. Ganz einfach, weil Innovation der Verwaltung Arbeit macht. Das war und ist umso frustrierender, weil es weder in der Gemeinde noch mir persönlich je an Ideen für eine Belebung

des Ortes mangelte – das zeigt sich ja schon an der Entstehungsgeschichte unseres Haustierrassenparks. Aber bevor ich darüber mehr erzähle, kehren wir zu einer Geschichte zurück, die mich in den Nachwendejahren lange beschäftigte, in ihren Ursachen aber deutlich länger zurückreicht.

## Ein schweres Erbe

Gleich nach meinem Amtsantritt begann eine Auseinandersetzung, die sich über die nächsten fünfzehn Jahre hinziehen sollte und ihre Wurzeln eigentlich in den 1970er Jahren hatte. Zu DDR-Zeiten war es ja häufig so, dass der LPG-Vorsitzende, gerade in kleinen Gemeinden, mehr Macht hatte als der Bürgermeister. Als man damals in Pässe feststellte, dass man die marode Konsumverkaufsstelle erneuern muss und auch die Post eine neue Bleibe braucht, beschloss der LPG-Vorsitzende, der Bürgermeister und die Konsumgenossenschaft, dafür ein Mehrzweckgebäude zu bauen. Der damalige LPG-Vorsitzende entschied sich für einen Standort, der weder der Gemeinde noch der LPG sondern einem früheren Einwohner von Pässe gehörte. Für einen Teil des Geländes wurde ein Kaufvertrag beschlossen, unterzeichnet und sogar der Kaufpreis gezahlt. Was fehlte, war die notarielle Beglaubigung des Vorgangs, die nahm man damals offenbar nicht so wichtig. Das übrige Gelände pachtete man vom gleichen Eigentümer. Man errichtete ein Gemeindezentrum, mit Geldern aus mehreren staatlichen Unternehmen<sup>1</sup> und mit Hilfe unzähliger Aufbaustunden der Anwohner, was damals über das Nationale Aufbauwerk (NAW) lief. Als das Gebäude fertig war, brachte man darin nicht nur den Konsum und die Post unter, sondern auch eine Annahmestelle der Dienstleistung, eine Bibliothek, ein Schwesternzimmer und das Büro des Bürgermeisters. Der Bau des Mehrzweckgebäudes wurde vom Gemeinderat mit der Auflage beschlossen, die Eigentumsverhältnisse zu klären, also das Grundstück zu verstaatlichen. In den 1980er Jahren wurde noch ein neuer Wohnblock in Pässe gebaut – und damit wiederum brauchte man eine neue Kläranlage, die dann gleich das halbe Dorf versorgen sollte. Errichtet wurde sie auf dem Grundstück des Mehrzweckgebäudes, das der Gemeinde aber immer noch nicht gehörte. Als Mehrzweckgebäude und Kläranlage fertig waren, hat sich letztendlich keiner mehr um die Eigentumsverhältnisse gekümmert. Der damalige Bürgermeister legte die dafür nö-

---

<sup>1</sup> Selbst, der Forstbetrieb gab einen Anteil dazu, weil ja Beschäftigte im Ort wohnten, die all diese Dinge mitnutzten.



tigen Unterlagen in seine Schublade, statt sie zu bearbeiten, wie es eigentlich seine Aufgabe gewesen wäre. Deshalb waren die Grundstücke, auf denen ein großer Teil unserer Gemeindeinfrastruktur stand, zur Wendezeit immer noch in Privatbesitz, obwohl der Eigentumswechsel lange vorher vereinbart worden war. Den früheren Eigentümer selbst interessierte das Ganze nicht mehr, wohl aber seinen Schwiegersohn. Zu DDR-Zeiten hatte er mit seinen Forderungen wenig Erfolg, aber als dann die Wende kam, wurde die Sache plötzlich auf ganz neue Weise interessant. Ich war neu im Amt und unsere Gemeinde steckte – wie ganz Ostdeutschland – mitten in einem unglaublichen Umbruch. In dieser Zeit kam der Schwiegersohn des Eigentümers mit dem Angebot auf mich als Bürgermeister zu, das Grundstück noch einmal, nun formell korrekt, zu kaufen. Ich erklärte ihm, dass wir erst noch eine Klärung der Besitzverhältnisse abwarten müssten: Das Gelände, auf dem die Konsumverkaufsstelle stand, gehörte dem Konsum, die Kläranlage Nordwasser – in beiden Fällen war damals unklar, wer die Immobilien der ehemaligen DDR-Staatsunternehmen bekommen würde, die Gemeinde, der Zweckverband Abwasser oder eine dritte Instanz. Diese Diskussion wurde aber eben auf Landesebene geführt und wir konnten nur abwarten, wann und wie sie enden würde. Ich bat also um Geduld, der Schwiegersohn jedoch wollte das Gelände schnell zu Geld machen. Also verkaufte er es an einen Lübecker Makler namens Woelcke – und zwar so günstig, dass der Kaufvertrag selbst nach damals geltendem Bundesrecht sittenwidrig war. Aber da niemand klagte, interessierte das eben nicht. Der Makler aus Lübeck hatte nach seinem Verständnis nicht nur das Grundstück gekauft, sondern auch alle Gebäude, die auf diesem Grundstück standen. Ihm gehörten damit nun nicht nur der Acker, sondern auch Konsum, Gemeindezentrum, Kläranlage sowie ein von zwei Familien bewohntes Haus und eine Garage. All das hatte er für 60.000 DM erworben. Nach geltendem Recht war das in Ordnung, weil man im Einigungsvertrag keine Regelung für Immobilien auf privatem Grund und Boden gefunden hatte. Rechtens war es also, gerecht aber noch lange nicht, denn all diese Gebäude und Anlagen waren mit staatlichen Geldern gebaut und durch viele NAW-Stunden ermöglicht worden. Und die gleichen Leute, die diese Aufbauarbeit ehrenamtlich geleistet hatten, mussten nun mit ansehen, dass jemand für einen lächerlichen Preis das Ergebnis ihrer Arbeit bekam. Die Empörung war

groß. Kurz nachdem die Situation sich so entwickelt hatte, traf ich Herrn Woelcke zum ersten Mal persönlich. Dieses Kennenlernen verlief noch sehr nett und höflich, was aber an meiner Irritation nichts änderte. Woelcke bot der Gemeinde einen zunächst recht günstigen Mietvertrag für die Gebäude an. Ich sagte ihm ganz offen, dass sich mir der Magen umdrehte bei der Vorstellung, für etwas zu zahlen, das wir selbst erschaffen hatten. Ich blieb dabei ganz ruhig, aber er ging trotzdem verärgert. Und meldete sich mit einem Mietvertrag zurück, der deutlich schlechtere Konditionen enthielt. Später bot er uns an, die Kläranlage für 400.000 Mark und das Gemeindehaus für 600.000 Mark zu kaufen. Das war fast das fünfzehnfache von dem, was er selbst für alle Grundstücke gezahlt hatte. Damit war auch klar, dass er den vorherigen Verkäufer gehörig übers Ohr gehauen hatte. Als wir das Angebot ablehnten, begann ein jahrelanger Terror gegen alle Mietparteien – auch gegen die beiden Familien, die schon seit den 1970er Jahren in den auf dem Grundstück gelegenen Häusern wohnten. Auch von einer Familie, deren Garage auf dem Gelände stand, verlangte Woelcke nun eine beachtliche Miete. Diese weigerte sich zunächst, denn auch sie hatte diese Garage selbst und auf eigene Kosten gebaut. Als sie schließlich in den Mietvertrag einwilligte, wollte Woelcke davon nichts mehr hören, sondern nutzte sie, um ein Exempel zu statuieren. Er schickte einen Bewohner der Nachbargemeinde mit einem Radlader auf das Gelände und ließ die Garage ohne Vorankündigung abreißen. Er prüfte nicht einmal, ob das Auto des Garagenutzers noch darin stand: Wäre das der Fall gewesen, hätte er auch das zerstört. Daraufhin kam es zu einem regelrechten Tumult – der Radladerfahrer kann froh sein, dass er unbeschadet nach Hause kam. Und so ging es immer weiter: Einen Hochstand, den die Jäger in der Nähe seines Grundstücks errichteten, zerlegte Herr Woelcke mit seiner Kettensäge. An dem Tag, an dem wir zur Verhandlung in dieser Angelegenheit zum Gericht fuhren, erschien er einfach nicht. In der Zeit, in der wir am Gericht auf ihn warteten, holzte er sechzig Obstbäume ab, die auf dem von ihm erworbenen Gelände standen. Die hatte einer der Mieter des Hauses viele Jahre zuvor selbst gepflanzt: Ihm standen die Tränen in den Augen, als er sah, was hier geschehen war. Ich als Bürgermeister konnte da wenig direkt helfen, aber ich mühte mich nach Kräften, alle von den Auseinandersetzungen betroffenen Menschen zusammenzuhalten. Das war damals ungeheuer

wichtig, denn Woelcke versuchte wieder und wieder uns zu entzweien. Auch vor Erpressung schreckte er nicht zurück: Er bot mir an, die Streitigkeiten beizulegen, wenn ich ihm eine Eigenjagd für das Gemeindegebiet beschaffte – also das Jagdrecht für insgesamt siebzig zusammenhängende Hektar. Das konnte ich zum einen rein rechtlich nicht tun, zum anderen war zu diesem Zeitpunkt schon viel zu viel Erde verbrannt, als dass ich mich darauf einlassen konnte. Außerdem hätte er dann vielleicht uns als Gemeinde in Ruhe gelassen, den privaten Mietern aber umso mehr zugesetzt. Und diese hätten dann allein weiterkämpfen müssen in einer Zeit, in der es ihnen wegen dieser ganzen Sache wirklich schlecht ging. Wir alle hatten ja keinerlei Erfahrung mit Gerichten und mussten nun noch mit denen eines neuen Gesellschaftssystem zurechtkommen. Und das mit dem Gefühl, keinerlei Unrecht begangen zu haben. Auch ich selbst kam zur ersten Verhandlung in den Gerichtssaal und wusste noch nicht einmal, wo ich mich hinsetzen sollte. Alles daran war mir fremd und unangenehm. Aber weder damals noch später erwog ich, mein Amt aufzugeben. Zumal vor allem die 1990er Jahre eine Zeit waren, in der ich unwahrscheinlich viel gelernt habe. All meine neuen Aufgaben hatten ja nichts mit meiner eigenen Ausbildung zu tun. Hinzu kamen die Umbrüche jener Jahre. Da war es wirklich ein Glück, dass ich anfangs hauptamtlich und damit Vollzeit arbeiten konnte. Sonst hätte die Zeit hinten und vorne nicht ausgereicht für all das, in das ich mich einarbeiten und das ich neu erlernen musste.

In diesen fünfzehn Jahren der Auseinandersetzung mit Woelcke haben die verschiedenen Mieter und Nutzer mehr als fünfzig einzelne Gerichtsverfahren gegen ihn ausgetragen. Das Ganze war in gewisser Weise exemplarisch dafür, was in vielen ostdeutschen Gemeinden nach der Wende passierte. Nur eskalierte es bei uns eben noch mehr als an anderen Orten. Es wurde deutlich, was passieren kann, wenn man es mit so einem aggressiven Investor zu tun hat. Michael Schmidt vom NDR, der damals ein Buch über unseren Fall schrieb, fuhr sogar nach Bonn zur damaligen Bundesjustizministerin Leuthäuser-Schnarrenberger, um das Problem mit ihr zu besprechen. Er wies daraufhin, wieviel sozialer Sprengstoff in derlei Situationen steckt. Ein Mitarbeiter des Landesministeriums erzählte uns in dieser Zeit, dass es allein in Mecklenburg 11.000 ähnliche

Fälle wie den in Pässe gäbe. Jedem Fußgängerweg, jedem Sportplatz, jeder Schule, die auf nun privatem Gelände lagen, drohte eine vergleichbare Problematik. Allmählich wurde deutlich, dass der Einigungsvertrag hier zu kurz griff: Er ging davon aus, dass neuen Grundstückseigentümern automatisch auch das gesamte ehemalige Staatseigentum gehörte, das sich auf diesem Gebiet befand. Weil das nicht funktionieren konnte, brachte man im August 1992 das Sachenrechtsbereinigungsgesetz auf den Weg, das dann im September 1994 in Kraft trat. Dazu korrespondierte das Ministerium in Bonn unter anderem mit dem Wismarer Rechtsanwalt, der uns vertrat. Sie schickten ihm den Gesetzentwurf zu mit der Bitte zu prüfen, ob es auf den Fall Pässe anwendbar ist. Das war der Fall und so war das neue Gesetz dann der erste Schutz, den wir als Gemeinde in dieser Sache erhielten. Es besagte, dass bei öffentlich genutzten Gebäuden die nutzende Instanz das Besitzrecht an diesem Gebäude innehat. Damit war klar, dass Woelcke tatsächlich nur den Grund und Boden gekauft hatte, nicht aber die Gebäude darauf. Also konnte er für diese keine Miete verlangen – und wir im Falle eines Rückkaufs sogar noch Erschließungskosten vom Verkehrswert abziehen. Eigentlich war damit alles klar. Wir rechneten fest damit, dass Woelcke uns die Grundstücke nun verkaufen würde, da er diese ja selbst kaum nutzen konnte. Aber er war damals innerlich schon so verhärtet, dass er uns diesen Ausgang nicht gönnte. Also verkaufte er die Ackerfläche nicht an uns, sondern an die Landgesellschaft.<sup>2</sup> Diese übertrug sie dann aber ihrerseits an den ortsansässigen Landwirtschaftsbetrieb. Das Gelände mit der Kläranlage behielt er noch sehr lange und führte dazu weitere Rechtsstreits mit der Gemeinde. Erst vierzehn Jahre später im Jahr 2005, bot er nicht uns sondern dem Abwasser-Zweckverband und den anderen Nutzern des Gebäudes einen Kauf des Geländes an, auf dem Kläranlage und Gemeindehaus standen. Der Verband ging auf das Angebot ein, verkaufte dann aber das Gemeindehaus ohne Aufpreis an uns weiter. Damit gab es endlich eine Lösung und ich hatte – endlich – meine Ruhe. Hätte man meinen können. Aber es stand bereits ein anderer privater Investor bereit, der unserer Gemeinde weitere neun Jahre das Leben schwer machen sollte.

---

<sup>2</sup> Der Landkreis wollte sogar finanzielle Hilfe leisten, damit wir den Grund und Boden unter den Gebäuden kaufen können.

## **Touristische Aufwertung des Ortes: Der Tüzenener Haustierrassenpark entsteht**

Aber erstmal zurück zu den Nachwendejahren, in die Anfangszeit unseres Haustierrassenparks. Auch diese Idee entstand innerhalb der Gemeinde. Ich erinnere mich noch, dass wir 1992 zusammensaßen und über Passees Zukunft und ungenutzte Potentiale sprachen. Es war klar, dass es hier kaum Aussicht auf größere Handwerks- oder Industrieansiedlungen gab – und eigentlich wollten wir die auch gar nicht. Wo sollte es also hingehen? Wo lagen unsere Chancen? Auf Tourismus zu setzen, fühlte sich erfolgversprechend an, denn das Dorf liegt ja in einer sehr schönen Gegend. Aber dazu brauchte es Attraktionen. Unsere Anfangsidee bestand darin, ein Wildtiergehege und dazu passende pädagogische Angebote zu schaffen, vielleicht sogar in Kombination mit einem eigenen Schulandheim. Eigene Flächen dafür gab es in der Gemeinde reichlich, darunter auch ein geeignetes Stück Wald. Also schrieb ich ein Konzept und präsentierte es der Kreisverwaltung. Es folgte ein Vor-Ort-Termin mit einem Vertreter der staatlichen Umweltbehörde, der uns dann aber untersagte, den Wald für unser Projekt zu nutzen. Stattdessen empfahl er uns, eine Ackerfläche aufzuwerten. Damit war die Idee in ihrer ursprünglichen Form gestorben – Wildschweine, Rehe und Füchse leben nun mal im Wald und nicht auf dem Acker. Ungefähr ein halbes Jahr später kam eine Gruppe von Tierärzten zu uns. Sie hatten nach der Schließung der DDR-Viehzuchtbetriebe ihre Arbeit verloren und waren nun in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme beim Kreis beschäftigt. Dass ihr Arbeitsauftrag in der Suche nach einem Standort für ein Wildtiergehege bestand, entbehrte nicht einer gewissen Komik. Ich erzählte ihnen unsere Geschichte und sie boten an, die Sache weiterzuverfolgen. Auf der Suche nach geeigneten Ideen stießen sie auf den Haustierrassenpark von Wärder: Dieses Konzept könne man doch auch in Tüzen umsetzen, hieß es in ihrem Papier, das allerdings in schönstem Veterinärämtddeutsch verfasst war. Trotzdem hatte ich damit eine Grundlage für ein eigenes Konzept, das ich nun dem damaligen Landrat präsentierte. Dieses Mal fand die Idee nicht nur im Kreis Anklang, sondern auch bei einer

Firma, die den Auftrag hatte, eine Tourismuskonzeption für die Region zu entwickeln. Die Begegnung mit dem baden-württembergischen Firmeninhaber, Herrn Hartmann, war für uns ein Glücksfall, denn er gehörte zu jenen Menschen, die tatsächlich etwas bewegen wollten und den Osten nicht nur als Einnahmequelle betrachteten. Er half uns sogar, das Konzept noch einmal so umzuschreiben, so dass man damit Fördermittel beantragen konnte. „Sie bezahlen mich dafür nur, wenn der Antrag erfolgreich ist“, sagte er damals. „Wenn Sie das Geld nicht bekommen, habe ich das für die Gemeinde gemacht.“ Das war großartig, denn sonst hätten wir uns seine wichtige Unterstützung einfach nicht leisten können. Durch diese Zusammenarbeit lernte ich auch, wie man solche Gelder nicht nur beantragt, sondern auch verwaltet und abrechnet. Das half mir in den Folgejahren sehr, ich konnte nun immer wieder Gelder beschaffen, die der Gemeinde zugutekamen. Heute ist das leider anders: Inzwischen sind Fördermittelanträge so umfangreich und kompliziert, dass man wirklich Fachwissen braucht, um sie zu stellen. Damals, im Herbst 1993, bekamen wir eine Fördermittelzusage und konnten im Dezember desselben Jahres mit dem Bau des Haustierrassenparks beginnen. Wir hatten kein Geld, um Leute für ihre Mitarbeit am Bau zu bezahlen, aber einige ABM-Kräfte und reichlich Menschen, die zu ehrenamtlicher Unterstützung bereit waren. Gemeinsam gründeten wir den „LUKE e.V.“, den Verein für Landschaft, Umwelt, Kultur und Erholung. Ich weiß gar nicht, wie viele unbezahlte Arbeitsstunden in den Aufbau und Betrieb des Haustierrassenparks geflossen sind – schon ich selbst habe in den Jahren dort ganz sicher mehrere tausend Stunden verbracht. Jahrelang trafen sich viele Menschen aus der Gemeinde fast jedes Wochenende, um am Park mitzubauen und später auch den Betrieb zu unterstützen. Die bei uns tätigen ABM-Kräfte waren meistens froh, dass sie bei uns arbeiten durften – viele andere waren ja mit dem Reinigen von Straßengräben und ähnlichen Dingen betraut, das war natürlich viel trostloser. Hier konnten sie gemeinsam mit uns etwas aufbauen. Einige von ihnen blieben sogar nach dem Ende der Maßnahme und halfen ehrenamtlich weiter mit. Wir hatten also die Fördermittel, ehrenamtliche Unterstützung bei der Beantragung und Abwicklung – und unglaublich zahlreiche helfende Hände. Eine weitere große Hilfe waren die Tiere, die wir vom Haustierpark in Warder bekamen. Der Besitzer dieses Parks, Dr. Jürgen Gün-

therschulze, war hellauf begeistert von unserem schönen Gelände, als er zum ersten Mal nach Tüzen kam Daraufhin gab er einige seiner Tiere bei uns in Pension, die bei uns geborenen Jungtiere durften wir behalten. Weitere Tiere bekamen wir durch Tausch und einzelne Ankäufe. In den besten Zeiten gab es dadurch knapp 50 Rassen mit über 400 Tieren im Park. Und das zahlte sich aus: Der Park hatte wirklich viele Besucher, darunter auch viele Schulklassen aus der ganzen Region. Zu jener Zeit bereitete mir das Projekt sehr viel Freude: Wir konnten etwas aufbauen und hatten damit Erfolg. Außerdem zog ich daraus viel Motivation für meine Bürgermeisterarbeit – die ich auch brauchte, weil parallel dazu die Auseinandersetzungen mit Herrn Woelcke zu führen waren.

Für die weitere Entwicklung des Parks bekamen wir die Unterstützung eines weiteren Unternehmers: Winfried Augustin von der ETG Kröpelin war von unserem Projekt ebenfalls sehr begeistert. Er half uns nicht nur bei der Beantragung neuer ABM, sondern übernahm auch die gesamte Buchhaltung des Projekts. Hierfür schlossen wir eine Kooperationsvereinbarung, die uns neue Freiheiten gab, weil die Gelder nicht mehr über den Gemeindehaushalt laufen mussten. Augustin war nicht nur eine große Hilfe, sondern mir auch persönlich ein wertvoller Partner. So war er es, der mich ab einem bestimmten Punkt drängte, den Park nun endlich zu eröffnen, obwohl ich noch überall unfertige Dinge sah. „Du wirst mit dem Park nicht fertig, gewöhn Dich endlich daran“, sagte er damals zu mir. „Mach ihn auf und baue dann weiter.“ Er hatte Recht: Bei der Eröffnung im Sommer 1996 war noch allerlei Improvisation nötig, etwa bei unserem Imbiss, den wir aus einem umgebauten Wagen heraus betrieben. Aber es reichte erstmal vollkommen aus.

Etwa zwei Jahre nach der Eröffnung kam es dann zu einer Entwicklung, die ich später noch öfter in solchen Projekten und vor allem in Vereinen beobachten konnte: Wenn sich der Erfolg einstellt, lässt der Streit nicht lange auf sich warten. Dann kommt die Missgunst, dann kommen neue Mitglieder, die alles besser wissen. Die Krönung in unserem Fall war die Gründung eines Fördervereins für den Haustierrassenpark, der seinen Sitz auf dem Gelände anmeldete, ohne sich der Gemeinde auch nur vorzustellen. Stattdessen schickte man

mir quasi als erste Amtshandlung einen zweiseitigen Brief, in dem meine angeblichen persönlichen Verfehlungen aufgelistet wurden. Es war Wahlkampfzeit und das war wohl auch die Erklärung für diese Aktion – aber sie verschreckte die Leute erheblich. Gleichzeitig bin ich davon überzeugt, dass man immer versuchen muss, auch mit Kritikern eine Ebene der Zusammenarbeit zu finden. Streit bringt nicht weiter, er behindert nur unnötig, vor allem wenn ihn Leute aus einem kleinen Ort miteinander führen. Ich blieb also mit dem Verein im Gespräch und am Ende entstand sogar eine recht gute Zusammenarbeit. Der Verein leistete immer öfter aktive Hilfe im Park, auch bei den Wochenenddiensten. Diese hatte ich bis dahin meist persönlich übernommen. Meine Familie hatte sich schon daran gewöhnt, dass sich unser Wochenende fast immer im Park abspielte: Ich arbeitete dort, meine Frau kam dann nachmittags zum Kaffeetrinken vorbei, danach machten wir zusammen sauber und räumten auf. Aber das war in Ordnung und hat uns keine neue Krise beschert. Ich war es ja gewohnt, viel zu arbeiten. Meine Kinder gingen inzwischen alle drei zur Schule und waren schon recht selbständig.

Alles in allem kann ich sagen, dass ich in Bezug auf den Haustierrassenpark die meisten Dinge wieder so machen würde wie damals. Natürlich zahlten wir auch Lehrgeld, aber das ist wohl normal. So würde ich heute bei der Beantragung von ABM hartnäckiger sein und hätte vielleicht länger mehr personelle Unterstützung gehabt. Schaut man heute auf den Vogelpark Marlow, dann wird deutlich, welches Potential auch unser Projekt gehabt hätte. Dort hat man zur gleichen Zeit angefangen, unter ähnlichen Voraussetzungen. Der entscheidende Unterschied: Die Marlower wurden von den Behörden auf Amts-, Kreis- und Landesebene unterstützt. Und diesen Rückenwind der ganzen Region braucht es eben auch: Ein solches Projekt kann eine kleine Gemeinde nicht allein organisieren. Das ergibt auch deshalb Sinn, weil ja nicht nur die Kommune selbst, sondern die ganze Region von einem Projekterfolg profitiert. Schließlich hatten wir den Park ja nicht für die 250 Menschen errichtet, die damals in Pässe lebten, es kamen Leute aus vielen angrenzenden Gegenden und zahlreiche Touristen. Insofern verstehe ich bis heute nicht, warum viele Behörden ab 2000 so stiefmütterlich mit dem Haustierpark umgingen. Auch meine eigene Partei, die



SPD, half zwar in der Anfangszeit, später jedoch immer weniger. Noch Mitte der 1990er Jahre hatte sich unser damaliger Wirtschaftsminister Harald Ringstorff dafür ausgesprochen, den Park und mein Wirken dort zu unterstützen. Er fand, dass ich da einen guten Job mache und sah wohl auch das Potential des Projekts.

Zu meinem Bruch mit der SPD kam es aber nicht wegen des Haustierrasenparks. Er fiel in die Zeit der massiven Kürzung der kommunalen Budgets und damit eben der Gelder, die uns als Gemeinde zur Verfügung standen: Anfang der 2000er Jahre gab es zwar immer mehr Fördertöpfe, aber immer weniger verlässlich planbares Geld. Wir konnten über die Verwendung von Mitteln immer weniger selbst entscheiden. Man machte uns Gemeinden immer mehr zu Bettlern, einfach weil man die Kontrolle behalten wollte. Auch hier zeigte sich: Kleine Kommunen sind die Seismographen für gesellschaftliche Entwicklungen – dort merkt man am ehesten, wenn Dinge schief laufen. Und die Finanzierung der Gemeinden lief seit 2005 so schief, dass es für mich nicht mehr zu ertragen war. Ich war zu dieser Zeit (mein Bürgermeisteramt war ja ab 1992 bis heute ehrenamtlich) Mitarbeiter einer Wismarer SPD-Bundestagsabgeordneten. Diese wies ich immer wieder darauf hin, dass das nicht gut lief und gegen den Baum gehen würde. Erreichen konnte ich damit nichts. Am Ende waren alle nur noch genervt und hörten mir nicht mehr zu. Bei Versammlungen konnte ich richtig sehen, wie „nicht schon wieder er mit seiner Finanzierung der Gemeinden“ im Raum stand – man nahm mich schlichtweg nicht mehr ernst, mit der Arroganz derer, dessen Problem es eben nicht ist. Bei einer Veranstaltung in Grevesmühlen im Jahr 2010 betonte ich noch einmal, dass die Finanzierung in den kleinen Gemeinden überhaupt nicht mehr funktioniert und dass es den großen Gemeinden bald ähnlich gehen würde. Während ich sprach, standen einige Mitglieder schon auf und verließen den Raum. Das brachte für mich das Fass zum Überlaufen. Noch am selben Abend begann ich einen Brief, an dem ich dann noch zwei Tage feilte. Und dann versendete ich die Erklärung meines Austritts aus der SPD, auf den Monat genau zwanzig Jahre nach meinem Eintritt in die Partei. Die Reaktionen waren überschaubar, die meisten waren wohl froh, dass der Querkopf verschwand. Leider hat mir die Entwicklung da-

nach keinen Grund gegeben, meine damalige Entscheidung zu bereuen. Im Herzen bin ich heute noch Sozialdemokrat, aber eben einer ohne Partei. Unsere aktuelle sozialdemokratische Sozialpolitik, die mit der Agenda 2010 begann, war der Anfang einer Entwicklung, die ich nicht mehr vertreten konnte: Die Rentenreform, die PSA, die Gesundheitsreform – vieles davon halte ich für grundfalsch und einer Partei nicht würdig, die die Wörter sozial und demokratisch in ihrem Namen trägt. Die Agenda 2010 wurde auch gegenüber den Parteigenossen so schöngeredet, dass viele gar nicht verstanden, was sie da entschieden. Sie hoben die Hand für eine Sache, die sie nicht übersahen, im Vertrauen auf die Führungsriege. Aber selbst als die ersten Fehler sichtbar wurden: Warum hat man dann nicht eingelenkt? Es gab doch genug Signale von der Basis – warum hat man da nicht korrigiert? Das verstehe ich bis heute nicht.

## Der Haustierpark in der Krise

In den 1990er Jahren stellte das Wirtschaftsministerium für den Haustierrassenpark Tüzen zwei Förderungen bereit: eine für den Aufbau des Parks, die andere für die Einrichtung des Schaustalls. Nachdem wir diese erhalten hatten, gab es eine Änderung der Raumordnung, durch die Pässe den Status eines Tourismusgebiets verlor. Ich wies schon in der Auslegungsphase daraufhin, dass wir damit keine touristischen Fördermittel mehr beantragen könnten. Mir wurde erklärt, dass schon begonnene Projekte von solchen Änderungen nicht betroffen seien. Aber als wir dann die dritte Zahlung beantragten, erhielten wir trotzdem keine Förderung mehr, mit genau dieser Begründung: Wir seien kein Tourismusgebiet mehr. Das war der erste kleinere Todesstoß für den Haustierpark, der zweite war der stetige Abbau der ABM. Hatten wir Anfang 1993 mit fünfzehn Personen begonnen, sank die Zahl ab Mitte des Jahrzehnts immer weiter ab. Erst waren es noch fünfzehn, dann acht und am Ende nur noch fünf ABM-Kräfte – und damit definitiv zu wenig für den weiteren Ausbau und die Wartung des Parks. Das ließ sich dann nicht mehr über ehrenamtliche Arbeit kompensieren, schon gar nicht dauerhaft. Dies war ein maßgeblicher Grund, warum sich Winfried Augustin als Geschäftsführer der Entwicklungs- und Träger-Gesellschaft (ETG) Kröpelin damals sehr dafür einsetzte, mich im Haustierrassenpark nicht länger ehrenamtlich, sondern mit Arbeitsvertrag und Gehalt zu beschäftigen. Wie schon erwähnt, war die ETG seit Mitte der 1990er Jahre unser Kooperationspartner. Ermöglicht über eine Förderung stellte sie weitere Leute ein, verschaffte uns nach der Parkeröffnung einen kleinen Imbisswagen, übernahm die Finanzbuchhaltung und entwickelte unseren ersten Flyer. Die ETG beharrte auch immer auf dem Standpunkt, dass die Leute, die den Park aufgebaut und eröffnet haben, dort eine Arbeitsstelle finden müssen. Ihnen gelang es, mich nicht nur deutlich zu entlasten, sondern sogar für ein Jahr über eine ABM im Park zu beschäftigen. Das kam mir sehr entgegen, denn es stimmte: Auf die Dauer funktionierte die Koordinierung eines solchen Projekts nicht im Ehrenamt. Außerdem wurde die Situation für mich immer schwieriger: In man-

chen Zeiten arbeitete ich bis zu zehn Stunden am Tag in meinem regulären Job und musste mich danach und an den Wochenenden noch um den Park kümmern. In anderen Zeiten war ich arbeitslos und konnte mich nicht wirklich um neue Arbeit bemühen, weil der Haustierrassenpark mich so stark in Anspruch nahm. Sehr gern wäre ich dort hauptberuflich tätig gewesen, aber alle Versuche, eine solche Lösung zu etablieren, scheiterten am Ende. Und dies selbst dann noch, als wir Ende der 1990er Jahre einen Parkbeirat gründeten, in dem nicht nur das Sozialministerium und das Arbeitsamt, sondern auch die ETG und Vertreter der Kreisverwaltung vertreten waren. Dieser Beirat stand unter der Schirmherrschaft der Trägergesellschaft des Landes, kurz TLG genannt. Deren Vertreter erklärten mir dann, dass ich das Projekt loslassen müsse, weil nun jemand anderes käme und die Koordination übernehme. Ich war also gut genug, so ein Projekt aufzubauen, meine gesamte Freizeit dort zu investieren. Aber als es dann darum ging, dort bezahlt zu arbeiten, war ich auf einmal nicht mehr der Richtige. Das war schon echt bitter. Die Begründung, dass ich als Bürgermeister ja nicht im Park arbeiten konnte, erscheint mir heute noch genauso unsinnig wie damals: Mein Bürgermeisteramt war ja damals schon viele Jahre ein rein ehrenamtliches. Und gleichzeitig zu diesem Zeitpunkt eng mit mir verbunden: Hätte ich mich damals gegen diese Rolle entschieden, wäre das Projekt auch gescheitert, weil es in dieser Position eben jemanden brauchte, dem der Park so am Herzen lag wie mir. Dass diese Verbindung essentiell wichtig für ein Gelingen des Projektes war, wollte die TLG nicht verstehen. Sie ließ ein Gutachten von einem Hamburger Gutachter anfertigen, um daraus ein Konzept für die zukünftige Parkbewirtschaftung abzuleiten. Der Gutachter kam dann im Frühjahr 1998 tatsächlich fünf Mal nach Tüzen. Er ließ sich die gesamte Entstehungsgeschichte des Haustierparkes schildern, einschließlich aller Schwierigkeiten, die wir gemeistert hatten. Offenbar leuchtete ihm unser Vorgehen sehr ein, denn so stellte er es später auch in seinem Gutachten dar. Interessanterweise fand ich das erst heraus, als ich ihn persönlich um eine Kopie des Dokuments bat, weil das Exemplar, das ich von der TLG erhalten hatte, teilweise schwer leserlich war. Nun musste ich feststellen, dass die TLG mir und dem Beirat eine Version gegeben hatte, aus der durch geschicktes Kopieren wichtige Passagen entfernt worden waren. Dadurch fehlten in ihrer Version wichtige As-

pekte, u.a. zur Verkehrsanbindung und zur finanziellen Situation des Parks, aber auch zu meiner Person. Der Gutachter hatte geschrieben, dass man sich Gedanken um mich machen müsste, weil ich für ein Gelingen des Projekts unverzichtbar sei und die Fäden gut in der Hand hielt.<sup>3</sup> Diese Ausführungen hatte man entfernt, weil man so immer noch darauf bestehen konnte, dass es eine hauptberufliche Parkkoordination brauchte – die aber nicht ich war. Diese Entdeckung kühlte unser Verhältnis zur TLG deutlich ab. Warum man so deutlich gegen meine Person arbeitete, ist mir bis heute nicht klar. Ebenso wenig verstehe ich, warum uns auch das Arbeitsamt das Leben so schwer machte. Ein wenig half noch, dass die ABM-Leute es mit ihren vertraglich geregelten Aufgabenbeschreibungen nicht allzu genau nahmen. Sie halfen mitunter auch beim Füttern der Tiere und ähnlichem – und unterstützten manchmal sogar ehrenamtlich weiter, nachdem ihre Maßnahme ausgelaufen war. Trotzdem gerieten wir immer mehr in einen Strudel aus fehlendem Personal und maximaler Selbstaubeutung – im reinen Ehrenamt. Nun wäre es Aufgabe des Parkbeirates gewesen, eine bessere Lösung zu erarbeiten. Stattdessen schickte uns das Arbeitsamt über eine Beschäftigungsgesellschaft einen neuen, bezahlten Projektkoordinator. Dem gab es mit auf den Weg, dass ich als Bürgermeister ihm gegenüber nicht weisungsberechtigt sei und damit nichts zu sagen hätte. Er sollte drei Jahre im Haustierpark arbeiten und ein Betriebskonzept entwerfen – für dessen Umsetzung ich als Bürgermeister aber dann die Verantwortung tragen würde. Schon in unserem ersten Gespräch stellte sich heraus, dass dieser Mann als studierter Rinderzüchter zwar Ahnung von Tieren hatte, dieser konzeptionell-betriebswirtschaftlichen Aufgabe aber in keiner Weise gewachsen war. Ich organisierte ein zweites Gespräch mit ihm, gemeinsam mit einer erfahrenen und mit dem Park vertrauten Gemeindevertreterin. Danach hatte auch sie große Zweifel an seiner Eignung. Ich bat die Beschäftigungsgesellschaft (wobei ich ausdrücklich

---

<sup>3</sup> „Der Dialog aller Betroffenen/Beteiligten muss aktiviert und organisiert sein. Hierbei muss auch die zukünftige Rolle und Finanzierung des Bürgermeisters von Pässe – Herrn Wittek – geklärt werden. Er ist Initiator und Motor des Parks. In dieser Funktion ist er für den weiteren Ausbau nicht ersetzbar“, hieß es im Originalgutachten in einer Passage, die in der von der TLG verteilten Version fehlte.

erklärte, dass ich mich nicht für den Posten bewerben wollte), uns einen anderen, geeigneteren Mitarbeiter zu schicken. Daraufhin erhielt ich die Rückmeldung, dass es keinen Ersatz geben und die Stelle verfallen würde, wenn wir den jetzigen Parkverwalter aus seiner Position entfernten. Also versuchte ich, mich mit der Situation zu arrangieren. Der neue Koordinator und ich trafen uns einmal wöchentlich zur Dienstberatung, was aber wenig half, weil er sich von mir nichts sagen ließ. Damit war ich als Bürgermeister endgültig verantwortlich für Prozesse, auf die ich kaum noch Einfluss hatte. Trotzdem verbrachte ich damals fast jedes Wochenende im Park, putzte die Toiletten und organisierte Veranstaltungen. Und auch zahlreiche Menschen aus der Gemeinde, Freunde und Familienmitglieder bemühten sich immer aufs Neue, die Lücken zu füllen, die durch fehlendes Personal entstanden. Anfang 2002 war ich dann aber nicht nur vollkommen erschöpft, sondern durch die Auseinandersetzung mit der TLG und dem Parkbeirat auch sehr demotiviert. Ich kündigte an, mich aus dem Haustierpark zurückzuziehen, wenn nicht Verantwortung und Parkleitung in eine Hand gelegt würden. Auch die ETG als unsere langjährige Unterstützerin erklärte, sie würde sich aus dem Park zurückziehen, wenn man weiter so mit der Person des Bürgermeisters umginge. In darauffolgenden Gesprächen wurde immer wieder betont, dass ich das Projekt loslassen müsse. Wozu ich am Ende durchaus bereit war – sofern damit auch die Verantwortung für den Park in andere Hände wechselte. Die Gemeinde konnte nicht aus allen Prozessen herausgehalten werden, aber in der Verantwortung bleiben. Genau diese Verantwortung wollte dann aber niemand übernehmen – nicht der Parkbeirat, nicht der neue Koordinator und auch nicht die Beschäftigungsgesellschaft FEBI, für die er formal tätig war. Am Ende dieses zermürbenden Prozesses stand im März 2002 meine Entscheidung, mein Bürgermeisteramt niederzulegen. Dies schien mir die letzte Möglichkeit, klare Verhältnisse zu schaffen und die Beteiligten dazu zu bewegen, das Projekt tatsächlich auf neue Füße zu stellen. Aber das Gegenteil passierte: Plötzlich waren all die Menschen mit ihren guten Ratschlägen abgetaucht. Jetzt, wo es darum ging, Verantwortung zu übernehmen, stand niemand für diese Rolle zur Verfügung. Es wurde nicht einmal mehr der Anspruch auf Wirtschaftlichkeit formuliert. Ein neuer Bürgermeister wurde gewählt, Parkanlage und Maschinen kaum noch gepflegt, Veranstaltungen und Besu-

cherbetreuung vernachlässigt. Der Haustierpark trudelte seinem Ende entgegen. Der neue Bürgermeister, ein früheres Mitglied der Gemeindevertretung, war sich seiner Verantwortung offenbar gar nicht bewusst und überließ den Park immer mehr seinem Schicksal. Der Parkbeirat verschwand schon Mitte 2002 völlig von der Bildfläche. Zu diesem Zeitpunkt war schon keiner von denen mehr dabei, die den Haustierpark entwickelt und mit eröffnet hatten. 2004 zog sich dann selbst der Förderverein aus dem Projekt zurück, der sich seit 1998 bemüht hatte, den Park zu stabilisieren. Am Ende der dreijährigen Fördermaßnahme hatte der Koordinator nichts vorzuweisen, das dem Park eine Überlebenschance bot. Wiederholt war er auf Gemeindefitzungen eingeladen worden, um über Fortschritte zu berichten. Immer wieder wurde er dort kritisiert, aber ohne dass sich daraus Konsequenzen ergaben. 2004, zweieinhalb Jahre nach meinem Rückzug, war der Park dann so weit heruntergewirtschaftet, dass er vor der Schließung stand.

## Die Übernahme des Haustierparks durch die GGP

Diesen Niedergang auszuhalten, fiel nicht nur mir schwer. Also berieten wir in einer Runde aus ehemaligen Mitstreitern und Gemeindevertretern, was sich dagegen noch unternehmen ließ. Die anderen Teilnehmer der Runde erklärten mir, dass sie sich nur dann wieder engagieren würden, wenn ich die Verantwortung übernehme und zu den bevorstehenden Kommunalwahlen anträte. Also stellte ich mich erneut zur Wahl und wurde noch im selben Jahr wieder als Bürgermeister von Passee gewählt. Das Amt selbst auszufüllen, war ja kein Problem. Die viel größere Aufgabe bestand darin, den Park zu retten. Wir bemühten uns umgehend, einen neuen Träger zu finden. Und sogar der Landkreis schaltete sich nun wieder ein. Man schickte uns mit M.S. einen Berater, der bei der Suche helfen und ein Konzept erarbeiten sollte, um mehr Besucher nach Tüzen zu locken. Nach mehreren Fehlschlägen bekamen wir das Angebot der Gesellschaft für Gesundheit und Pädagogik (GGP), einem Rostocker sozialen Träger. Der Leiter, T.B., stellte in Aussicht, den Hausterrassenpark als Beschäftigungsprojekt für seine Klienten weiterzubetreiben. Wir schlossen einen entsprechenden Dienstleistungsvertrag laut dem sich die Vergütung seiner Tätigkeit und die Pacht gegeneinander aufhoben. Somit entstanden uns als Gemeinde keine Kosten, die Einnahmen aus dem Park würden aber vollständig an die GGP fließen. So wollte die Gemeinde ihren Anteil leisten, den Haustierpark wieder zu einem attraktiven Ausflugsziel für Bürger und Touristen aus der Region zu machen. Der Vertrag wurde im Januar 2006 geschlossen, und ich war unglaublich froh über diese Lösung. Eine Rettung des Parks aus eigener Kraft schien nicht mehr möglich – und die Vorstellung, jeden Tag an den Trümmern von mehr als zehn Jahren Bemühen und Herzblut vorbeizufahren, war mir ein Albtraum. Ich wollte ja weiter in Tüzen leben, es war meine Heimat. Aber dieses Bild des verfallenden Parks hätte mich damit auch für den Rest meines Lebens begleitet. Ich fühlte mich verantwortlich für die vielen Arbeitsstunden, die dort investiert waren – von Freunden und Bekannten, Menschen, die ich sehr schätzte, aber natürlich auch meinen eigenen. Was ich damals noch nicht ahnte: Das Projekt



stand bereits zu diesem Zeitpunkt auf mehr als tönernen Füßen, denn die Finanzierung der Klientenbetreuung durch die Krankenkassen war keineswegs eine Pflichtleistung, wie T.B. es der Gemeinde in Aussicht gestellt hatte. Was er uns ebenfalls verschwiegen hatte: Das zuständige Gesundheitsamt hatte bereits schriftlich geäußert, dass es in der Region keinen Bedarf an dieser Art von sozialer Betreuung gebe. Damit war es bereits Ende 2005 unwahrscheinlich, dass eine Kasse oder ein Amt die Arbeit mit den Klienten im Park dauerhaft finanzieren würde.<sup>4</sup>

Von all dem ahnten wir, wie gesagt, damals noch nichts: Der neue Betreiber hatte uns versprochen, dass er sofort viele Menschen einsetzen würde, zunächst zur Wiederinstandsetzung, dann zur verlässlichen Bewirtschaftung. M.S. als begleitender Berater versprach neue ABM. Spätestens im Frühjahr 2006 sollte der Park wieder öffnen. Aber das Jahr 2006 begann, das Frühjahr 2006 kam – und nichts geschah. Weit und breit waren keine neuen Arbeitskräfte zu sehen, es gab lediglich ein paar Klienten, die im ehemaligen Hotel neben dem Parkgelände lebten. T.B.s Ankündigung zufolge sollten diese Menschen mit psychischen Erkrankungen ja im Park beschäftigt sein. Die damit erzielten Einnahmen waren eine wichtige Säule des neuen Betriebs. In diesen Monaten des Abwartens meldete sich ein weiterer potentieller Betreiber. Inzwischen bereits skeptisch, bot ich T.B. an, den Park zurückzunehmen und dem neuen Betreiber zu übergeben. Er reagierte erstaunt, fing aber hinter meinem Rücken an, sich beim Landwirtschaftsministerium über mich zu beschweren: Was mir einfiel, ihm den Park wegnehmen zu wollen, wo ich das Projekt doch selbst an die Wand gefahren hätte.<sup>5</sup> Gleichzeitig blieb er weiterhin untätig. Daraufhin lud ihn die Gemeindevertretung zum Gespräch, in dem wir die Einhaltung des Betreibervertrages anmahnen wollten. Er reagierte darauf nicht, schickte uns stattdessen einen Anwalt auf den Hals und beschwerte sich beim Landwirtschaftsministerium erneut

---

<sup>4</sup> Ausführlichere Informationen dazu und auch zu den nachfolgend nur skizzierten jahrelangen Auseinandersetzungen finden Sie auf der Website [www.forum-kommunalpolitik.org](http://www.forum-kommunalpolitik.org)

<sup>5</sup> Dazu gibt es eine umfangreiche Korrespondenz, die mir dank Akteneinsicht in Kopie vorliegt. Auszüge daraus sind auf der Website zu diesem Buch einsehbar.

über mich. Es kam zu Gesprächen zwischen ihm und verschiedenen Behördenvertretern, über deren Inhalt ich bis heute nur wenig weiß. Ende 2006 schlug die GGP dann vor, den Park zu kaufen (um die Gemeinde aus den Vorgängen herauszunehmen, wie es in einem späteren Schreiben hieß). Unsere Gemeinde verwies auf den von einem Gutachter attestierten Wert der Grundstücke, der 2003 bei 504.000 Euro gelegen hatte und bot Kaufverhandlungen an. Dieser jedoch sprach daraufhin nicht mit uns, sondern mit dem Landwirtschaftsministerium, dem Landkreis und M.S. als immer noch zuständigem Berater.<sup>6</sup> Mit Erfolg, denn diese entschieden sich für eine rückhaltlose Unterstützung der GGP als erfolgreichem Unternehmen und gegen eine Vertretung der Interessen unserer Gemeinde. Dieser erklärte man vielmehr, dass ihr im Falle eines Nichtverkaufs zu den von der GGP vorgeschlagenen Konditionen eine Rückforderung der in den Park geflossenen Fördermittel drohe. Im Falle eines Verkaufs würde die GGP diese Verpflichtungen übernehmen, was aber bei der Berechnung des Kaufpreises zu berücksichtigen sei. Es wurde immer deutlicher, dass von einer Verhandlung auf Augenhöhe keine Rede sein konnte: Auf der einen Seite standen wir als kleine Gemeinde, auf der anderen die Allianz aus Käufer und Ministerium. Das Ganze schien kaum zu bewältigen, aber alles in mir sträubte sich gegen den im Raum stehenden Unterwertverkauf unseres Gemeindebesitzes: Wir hatten dort über all die Jahre hinweg einen bleibenden Wert geschaffen, der die in das Projekt geflossenen Fördermittel bei weitem übertraf. Ich antwortete also mit einer Stellungnahme, in der ich darum bat, eine faire Grundlage für die Verhandlungen mit der GGP zu schaffen. Die Antwort bestand in weiteren schriftlichen Beschuldigungen der GGP gegen mich als Person, die das Ministerium akzeptierte, ohne sie auch nur zu prüfen. Stattdessen findet sich auf diesem im Ministerium archivierten Schreiben der handschriftliche Vermerk des zuständigen Abteilungsleiters: „Wir unterstützen die GGP nach Kräften und erhöhen den Druck auf Bürgermeister Wittek.“ T.B.s Anschuldigungen gegen uns sollten nicht die letzten bleiben. Bis die Kaufverhandlungen zu dem

---

<sup>6</sup> Auch hierzu gibt es eine ausführliche Beschreibung der uns bekannten Gespräche und Briefwechsel unter [www.forum-kommunalpolitik.org](http://www.forum-kommunalpolitik.org)

später beschriebenen Ende kamen, gab es noch diverse mündliche und schriftliche Diffamierungen des Projekts und meiner Person, im April 2007 folgte dann sogar eine Strafanzeige gegen mich persönlich. Leider bemühte sich das Ministerium in keiner Weise, diese Art des Umgangs mit uns als Gemeinde zu unterbinden, woran auch ein persönliches Gespräch mit Landwirtschaftsminister im Mai 2007 nichts ändern konnte.

Angesichts dieser Übermacht blieb uns nur noch die Hoffnung, dass ein aktualisiertes Gutachten unsere Position stärken würde. Als wir es in Auftrag gaben, folgten wir einer Empfehlung der Kommunalaufsicht. Sie würde einem Verkauf nur zustimmen, wenn ihm ein aktuelles Gutachten zugrunde lag, teilte man uns mit. Diese Entwicklung behagte der GGP so wenig, dass sie zeitgleich ein eigenes Gutachten in Auftrag gab – ohne Abstimmung mit uns als Eigentümerin der Fläche. In diesem wurde dem Parkgelände ein aktueller Wert von 219.000 Euro attestiert, also weniger als die Hälfte dessen, was es noch 2003 nach Auskunft eines unabhängigen Gutachters Wert gewesen war. Diese Einschätzung brachte T.B. mit in die ersten Verkaufsverhandlungen, die Anfang Mai 2007 stattfanden. Er verwies auf den angeblich vollkommen desolaten Zustand des Parks und bot uns den Kauf zum Preis von einem Euro an. Die Verbindlichkeiten aus den Fördermitteln könne er nur übernehmen, wenn er zusätzlich noch das an den Park grenzende Gutshaus und die 6,5 Hektar große Erweiterungsfläche am Rande des Parks bekäme. Ob dies den GGP-Gesellschaftern reiche, könne er jedoch nicht sagen: Eventuell würden noch weitere Forderungen auf die Gemeinde zukommen. Soviel Dreistigkeit verschlug selbst jenen Gemeindevertretern die Sprache, die bis dahin den Kauf durch die GGP befürwortet hatten. Ich erklärte T.B., dass die Gemeinde Gutshaus und Acker nicht unter Wert verkaufen könne, weil sie dafür niemals Förderung erhalten habe. Damit verstoße das von ihm geforderte Vorgehen gegen geltendes Kommunalrecht – und ich als Bürgermeister ebenso wie mein Stellvertreter seien dafür in vollem Umfang haftbar.

Wie ich erst im Nachgang erfuhr, fand wenige Tage später ein Treffen zwischen drei Gemeindevertretern und T.B. statt, parallel zu weiterer Kommuni-

kation mit dem Ministerium. Im Ergebnis dessen erhielt die Gemeinde nun ein Anschreiben von der GGP mit einem nach „reiflicher Überlegung [...] nachgebesserten Angebot“: Man sei nun bereit, die Erweiterungsfläche für 30.000 Euro, das Gutshaus für 20.000 Euro zu kaufen. Für mich war die GGP zu diesem Zeitpunkt schon lange kein fairer und ehrlicher Verhandlungspartner mehr. Auf der anderen Seite war der durch die angedrohte Fördermittelrückzahlung entstehende Druck auf die Gemeinde enorm. Und so stimmte eine Mehrheit der Gemeindevertreter in ihrer Sitzung im Mai 2007 für den Verkauf. Meine Stellvertreterin und ich gehörten zu den Gegenstimmen.

Auch zu den jetzigen Konditionen war der Verkauf der Grundstücke ein erheblicher Unterwertverkauf – mein Dilemma war also nicht vom Tisch, damit gegen geltendes Kommunalrecht zu verstoßen. Um es aus der Welt zu schaffen, hätte es mehrere Dinge gebraucht: ein aktuelles unabhängiges Wertgutachten, eine Zustimmung des Ministeriums zur Übertragung der Fördermittelbindung an die GGP und die ausführliche und überzeugende Begründung, dass der Verkauf von erheblichem öffentlichen Interesse sei. Nur dann hätte auch die Kommunalaufsicht dem Vorgang zugestimmt. Darauf hatte ich bereits im Vorfeld mehrfach hingewiesen. Doch zum Notartermin, der den Verkauf der drei Objekte endgültig besiegeln sollte, fehlten diese Dokumente immer noch. Ich unterschrieb den Vertrag dennoch, mit dem Gefühl, dass geltendes Kommunalrecht in dieser Sache ohnehin niemanden interessierte. In diesem Punkt sollte ich mich irren: Als die beim Notar unterzeichneten Verträge der Kommunalaufsicht zur Prüfung vorlagen, monierte sie genau diese fehlenden drei Unterlagen. Interessanterweise versuchte das Ministerium zunächst, das Problem durch Druck auf die Kommunalaufsicht zu lösen, was dort jedoch für wenig Eindruck sorgte. Man warte auf die fehlenden Unterlagen, teilte die zuständige Mitarbeiterin mit. Schon bald darauf traf dann tatsächlich das von uns in Auftrag gegebene Gutachten ein, das eine wichtige Erkenntnis brachte: Der Haustierpark hatte zum Zeitpunkt des Verkaufs noch einen Wert von 620.000 Euro, also fast das Dreifache dessen, was ihm das von der GGP organisierte Gutachten attestierte. Erneut griff das Landesministerium in den Prozess ein, nun mit dem Versuch, unser Gutachten als ungültig zu disqualifizieren.

Dies war umso erstaunlicher, als das GGP-Gutachten im nun möglichen Vergleich deutliche Mängel offenbarte. Weitere Antworten kamen von der GGP – in einer Wiederholung bereits bekannter Diffamierungen, vor allem gegen meine Person – und einer langen Email des Beraters M.S., in der er sich auf fünfzehn Seiten mit den „dauernd mangelhaften, zunehmend abstrusen Darstellungen des Bürgermeisters in der Sache“ beschäftigte. Diese Email ging an drei Ministerien, die Kreisverwaltung und unser Amt. Ich hätte mir damals sehr gewünscht, dass wenigstens einer der Empfänger die in den Briefen geäußerten Anschuldigungen geprüft und sich gegen die ständigen Anfeindungen und üblen Nachreden verwahrt hätte. Immerhin waren sie ja für die Vertretung auch unserer Interessen als Kommune zuständig, Dies geschah jedoch nicht. In der Gemeinde selbst jedoch veränderten diese Schreiben die Stimmung erheblich. Und so beschloss die Gemeindevertretung nach einer intensiven Diskussion Ende 2007, das Gutshaus nicht an die GGP zu verkaufen.

Dass knapp eine Woche nachdem wir alle Beteiligten über den Beschluss informiert hatten, die Zustimmung zur Übertragung der Fördermittelbindung aus dem Wirtschaftsministerium eintraf, kann schon als kurios gelten. Damit erhielten wir plötzlich, nach drei Monaten Wartezeit, grünes Licht dafür, den Haustierpark für einen Euro zu verkaufen. Nur drei weitere Wochen später, am 2.1.2008, genehmigte auch die Kommunalaufsicht den Verkauf. Damit konnte die GGP nun den von ihr schon seit 2006 bewirtschafteten Haustierpark gegen die Zahlung von einem Euro erwerben. Alles schien geregelt – und bis heute ist mir nicht klar, warum statt der symbolischen Zahlung am 24.1.2008 ein von T.B.s Anwalt verfasster Brief bei der Notarin eintraf: „Gegenwärtig ist an die Zahlung des Kaufpreises nicht zu denken“, hieß es darin. „Nach Auffassung unserer Mandantschaft hat sich der Bürgermeister der Gemeinde Pässe mehrmals, vertragsbrüchig<sup>7</sup> verhalten. [...] In dieser Lage wäre nicht nur unvernünftig, sondern auch die Gemeinnützigkeit der Gesellschaft gefährdend, die Gemeinde jetzt mit Geld auszustatten.“

---

<sup>7</sup> Um es noch einmal zusammenzufassen: Im Kaufvertrag für den Haustierpark gab es keine Vertragsverletzungen. Näheres in entsprechenden Zusatzdokumenten unter [www.forum-kommunalpolitik.org](http://www.forum-kommunalpolitik.org)

Das mussten wir uns auf der Zunge zergehen lassen: Die GGP bekam für einen symbolischen Euro ein Grundstück im Wert von 620.000 Euro, zusätzlich die darauf befindlichen Maschinen und Tiere sowie allerlei Mobiliar und Gerätschaften. Und hielt auch das nicht für eine gute Lösung. Als ob das nicht ausgereicht hätte, schickte uns T.B. nun auch noch die Kündigung des Nutzungsvertrages und verlangte von der Gemeinde Schadensersatz in Höhe von 800.000 Euro, für seine Ausgaben und Einnahmeausfälle. Auch das war ausgesprochen dreist: Schließlich hatte er bislang im Park nichts getan, was den Anspruch „Bewirtschaftung als Haustierpark“ rechtfertigte. Wir verlangten also, diese Ausfälle zu belegen. Daraufhin erhielten wir eine Auflistung von Arbeitsstunden, die sehr offenkundig nicht die Realität abbildete: Es ließ sich mühelos nachweisen, dass weder die darin genannten Aktivitäten noch die Zeiten stimmten. Die Nachweise der für den Park getätigten Anschaffungen waren ebenso hanebüchen. Da vollkommen klar war, dass wir diese Summe nie würden zahlen können, ging es bei all dem offenbar darum, die Gemeinde doch noch zum Verkauf der Grundstücke – und nun eben einschließlich des Gutshauses – zu zwingen. Das war insofern grotesk, als der Verkauf des Parkgeländes für einen Euro ja schon beschlossen worden war, trotz des inzwischen bekannten realen Wertes von 620.000 Euro. Hätte T.B. diesen Kauf nicht an den des Gutshauses gekoppelt, wäre dieses Grundstück für uns für immer verloren gewesen. Stattdessen besagte das Schreiben des Anwalts, dass T.B. auch diesen Kaufpreis erst bezahlen würde, wenn er auch die anderen Grundstücke bekäme auch das Gutshaus, für das es ja nun einen anderslautenden Beschluss der Gemeinde gab. Damit war der Verkauf des Haustierparks endgültig gescheitert – im Grunde also an der Gier des potentiellen Käufers. Und wohl auch daran, dass er, wie schon andere vor und nach ihm, mich und uns „Landeier“ für zu dumm hielt, auf Augenhöhe zu verhandeln und unsere Interessen zu vertreten.

Nun begann ein Spiel auf Zeit: Wir kündigten auch unsererseits den Nutzungsvertrag für das Parkgelände – aber T.B. wollte das Gelände nicht räumen. Nur kurze Zeit später verklagte uns das Landwirtschaftsministerium M-V auf 23.000 Euro zurückzuzahlende Fördermittel und baute damit weiteren Druck gegenüber der Gemeinde auf. Es war eine Situation entstanden, an der sich bis

2013, also über insgesamt fünf Jahre hinweg, wenig ändern sollte: Der Haustierpark gehörte der Gemeinde, aber die GGP saß darauf, ohne in irgendeiner Weise aktiv zu werden. Erst 2013 zog sie sich schließlich aus dem Park zurück, nachdem wir dies durch erfolgreiche Klagen, bis zum Oberverwaltungsgericht in Greifswald, erzwungen hatten. In dieser Zeit der illegalen Nutzung verkaufte die GGP die Tiere und Maschinen im Park, obwohl sie ihr gar nicht gehörten. Am Ende fanden wir nur noch einige wenige Maschinenreste vor – und ein letztes Tier, einen Esel.<sup>8</sup> Das war natürlich eine Provokation. Auch aus dem ehemaligen Hotel neben dem Parkgelände zog der letzte GGP-Klient erst 2014 aus. T.B. verkaufte das Gebäude bald darauf an eine Privatperson – aber davon später mehr. Insgesamt hatte dieser vollkommen fruchtlose Versuch eines Betreiberwechsels die Gemeinde fast zehn Jahre beschäftigt und den Park so zugrunde gerichtet, dass eine Wiederbelebung nicht mehr denkbar war. Ich fuhr jeden Tag an dem Gelände vorbei – und fühlte mich immer aufs Neue wirklich schlimm. Es ging ja nicht nur um das Scheitern eines Projekts, in dem viel Lebenszeit und Herzblut von mir steckten. Wir sind eine kleine Gemeinde. Ich hatte und habe dort also tagtäglich mit den Menschen zu tun, die ebenfalls sehr viel Zeit und Mühe in dieses Projekt investiert hatten. Ihnen musste ich auch weiterhin in die Augen schauen. Dabei hatte ich versucht, die Situation gut zu erklären – und die meisten verstanden wohl auch, warum alles so gekommen war. Aber das Verstehen ist das eine, das Ergebnis zu sehen das andere. Die meisten wissen nicht so viel über die Hintergründe, als dass sie nicht insgeheim doch glauben, dass es sich hier um das Ergebnis von Fehlentscheidungen handeln muss. Letztendlich sind es eben, ganz unabhängig von der Schuldfrage, Bürgermeister und Gemeindevertretung, die die Verantwortung für Prozesse wie diesen tragen. Die Aberkennung des Status Tourismusgebiet, die ständigen Kürzungen des Arbeitsamtes, die wegbrechende Unterstützung des Landes, die Einmischungen Dritter – all das waren Sargnägel des Parks, die man aber nur bei gründlicherer Beschäftigung mit dem Thema als solche erkennen kann. T.B. war der Todesstoß, aber den Boden dafür hatten schon die anderen Dinge bereitet.

---

<sup>8</sup> Das besagte Schreiben der GGP ist ebenfalls unter [www.forum-kommunalpolitik.org](http://www.forum-kommunalpolitik.org) einsehbar.

Es war also definitiv vorbei. Was noch im Raum stand, waren die 23.000 Euro Rückforderung von Fördermitteln durch das Landwirtschaftsministerium. Sie mag der Versuch gewesen sein, mir persönlich zu schaden – am Ende traf sie doch vor allem die Gemeinde. Denn die Gelder waren schon abgerechnet und geprüft, ohne dass Fehler in der Mittelverwendung festgestellt wurden. Ich beantragte Einsicht in die Gerichtsakten, nachdem das Ministerium per Gerichtsverfahren das Geld einklagen wollte, welches wir nach wie vor ja nicht hatten. Als mir die Akten schließlich in vollem Umfang bereitgestellt wurden, fiel ich aus allen Wolken: Erst jetzt wurde deutlich, wer alles in die Sache verstrickt war. Und dass das Ministeriumshandeln tatsächlich darauf abgezielt hatte, T.B. den Rücken zu stärken. In Vorbereitung des Gerichtsverfahrens regte der zuständige Richter ein Mediationsverfahren an, um die Sache außergerichtlich zu klären. Beim Mediationstermin legte ich dann die Schriftwechsel aus dem Ministerium vor. Ich kündigte an, die Inhalte öffentlich bekanntzumachen. Daran hatte das Ministerium offenbar kein Interesse, denn nach dieser Ankündigung zog es seine Klage zurück. Wir als Gemeinde mussten allerdings erklären, dass wir das Gelände weiter öffentlich nutzen wollen. Das taten wir ohne zu zögern, wir waren einfach nur froh, dass die Sache endlich vom Tisch war. Und in der Tat war ja eine öffentliche Nutzung weiterhin vorgesehen.



## Ein neuer Parkbetreiber – und neue Schwierigkeiten

Nach dem Ende der Auseinandersetzungen mit dem Landwirtschaftsministerium ließen wir eine Machbarkeitsstudie anfertigen. In ihr sollte das touristische Potential des Parkgeländes geprüft werden. Und siehe da: Die Bewertung fiel positiv aus. Etwa zur gleichen Zeit, im Jahr 2016, fanden wir in Eberhard Voss einen neuen Investor – einen aus der Region stammenden, bodenständigen Unternehmer. Er war bereit, das Parkgelände zu einem fairen (eben marktüblichen und nicht nur symbolischen) Preis zu kaufen. Alles schien sich zum Guten zu wenden und bis 2018 trieben wir die Planungen für die Entwicklung eines naturnahen Erlebnisparks auf dem Gelände voran. Ich nahm zunächst nicht wahr, dass das Amt hier und da seltsam reagierte. Und wurde auch nicht stutzig, als Y.C.C., einer der zuständigen Justiziere des Landkreises Nordwestmecklenburg, kurz nach dem Gemeindebeschluss zum Verkauf des Parkgeländes das ehemalige Hotel von T.B. kaufte. Er kündigte mündlich und nur in Gesprächen an, dort eine Pension eröffnen zu wollen. Ich sprach mit dem neuen Parkeigentümer über die Sache. Er fand es gut, dass weitere Unterbringungsmöglichkeiten in unmittelbarer Nähe des zukünftigen Erlebnisparks entstehen würden. Diese müssten eben nur zum Konzept des Parks passen. Im Herbst 2016 unterzeichneten die Gemeinde und das Unternehmen von Eberhard Voss einen Vorvertrag und vereinbarten eine Kooperation. Erst bei der späteren Aufarbeitung der Vorgänge wurde deutlich, dass Y.C.C., bald darauf Eigentümer des ehemaligen Hotels, sich zu diesem Zeitpunkt amtsintern schon erkundigt hatte, ob er das Gebäude zu vier Wohnungen umbauen könne und eine reine Wohnnutzung dort möglich sei. Dies wurde ihm bestätigt, obwohl die Immobilie nur für eine gewerbliche Nutzung zugelassen war und sich in einem Tourismusgebiet im Außenbereich der Gemeinde befand. Von seiner Anfrage innerhalb der eigenen Behörde wussten wir ebenso wenig wie davon, dass er bereits einen Nebenwohnsitz in diesen Räumlichkeiten angemeldet hatte. Niemand informierte uns über diese Vorgänge, obwohl sie die Gemeinde betrafen. Wir sahen lediglich, dass am Gebäude ab und an gewerkelt wurde.

Im Frühjahr 2018 fanden zwei Informationsveranstaltungen statt, in denen die Pläne für den Park vorgestellt wurden: Die eine richtete sich an Menschen aus der Gemeinde, die zweite an die Gewerbetreibenden und Gemeinden der Region. Y.C.C. nahm an der Veranstaltung für die Gewerbetreibenden teil. Bei der Anmeldung erklärte er, dass er Touristiker sei und die Eröffnung eines Hotels plane. Die dafür nötige Bauvoranfrage ließ allerdings auf sich warten. Gleichzeitig wollte er immer wieder über den Planungsstand in Bezug auf den Park informiert werden und mit Eberhard Voss über die weiteren Planungen sprechen. Am 16. Oktober 2018 war der Verkauf des Parks unter Dach und Fach und der Kaufpreis an die Gemeinde Pässe überwiesen. Nur knapp zwei Wochen später, am 29. Oktober 2018, stellte Y.C.C. plötzlich einen Bauantrag auf die Einrichtung von vier Wohnungen in seinem Gebäude. Von einer Pension oder einem Hotel war plötzlich keine Rede mehr. Und tatsächlich erteilte man ihm die Erlaubnis zur Wohnnutzung nur zwei Monate später, ohne dass man die Gemeinde informierte und ihre Zustimmung einholte (was formal erforderlich gewesen wäre). Ich erfuhr von dem ganzen Vorgang erst Anfang Januar 2019, als die erteilte Baugenehmigung zur Kenntnisnahme auf meinem Tisch lag. Ich beantragte sofort einen Termin bei der damaligen Landrätin, weil ich annahm, es würde sich hierbei um ein Missverständnis handeln. Das Treffen mit ihr fand am Ende Januar 2019 statt – pikantesweise in Anwesenheit von zwei Justiziarern des Landkreises. Y.C.C., der ja selbst Justiziar in eben dieser Verwaltung war, wurde telefonisch zugeschaltet. Damit saßen drei Justiziare einem kleinen Dorfbürgermeister gegenüber. Man teilte mir mit, dass der Antrag regulär gestellt worden sei. Dagegen stelle der von der Gemeinde erstellte Flächennutzungsplan für den Park nur eine Willensbekundung dar, die deutlich weniger verbindlich sei. Folglich sei dieser auch kein Hinderungsgrund für die geplante Wohnnutzung. Außerdem habe ja in dem Gebäude schon vorher Wohnen stattgefunden: Die psychosoziale Therapieeinrichtung mit den dort lebenden Klienten galt nun plötzlich nicht mehr als gewerbliche Nutzung, sondern als Wohnprojekt. Die Bauverwaltung des Landkreises Nordwestmecklenburg sah es als unwichtig an, dass die Wohnungen im Außenbereich und in einem ehemaligen gewerblich genutzten Gebäude errichtet werden sollten. Ich bat daraufhin um eine unabhängige Prüfung des Vorgangs, was die damalige Landrätin

ablehnte. Sie gehe davon aus, dass ihre Verwaltung richtig gehandelt habe. Damit war ich abserviert und durfte gehen. Es war aber absehbar, dass diese Wohnnutzung für den geplanten Erlebnispark ein erhebliches Problem darstellen würde: Allein der bei Veranstaltungen entstehende Lärm hätte immer wieder Anlass für Beschwerden geben können. Also legten wir noch am gleichen Tag Widerspruch gegen die Baugenehmigung ein. Dieser wurde vom Landkreis abgelehnt, woraufhin die Gemeinde Mitte März 2019 eine Aussetzung der Baugenehmigung beantragte. Die Ablehnung dieses Antrags kam prompt: rechnet man Postweg und Wochenende ab, innerhalb einer Woche. Ergänzend dazu reichte Y.C.C. kraft seiner Position auch noch eine Rechtsaufsichtsbeschwerde gegen die Gemeinde Pässe ein. Auf dem Grundstück läge der Dorfplatz, eine öffentliche Straße, die die Gemeinde nicht an Eberhard Voss hätte verkaufen dürfen. Auch einer seiner Kollegen meldete sich zu Wort. Er behauptete, dass sich die Versorgungsleitungen für das Grundstück von Y.C.C. auf eben dieser Fläche befänden. Beides entsprach nicht der Wahrheit. Ebenso beachtlich wie diese Falschaussagen war, dass Y.C.C. die von ihm eingereichte Rechtsaufsichtsbeschwerde selbst bearbeitete und nun mehrere Schreiben über seine Mitarbeiter versenden ließ. Erst einige Tage danach übernahm, zumindest offiziell, ein anderer Justiziar des Amtes den Vorgang. Dies änderte aber nicht viel, denn nun ging dieser, zusammen mit den Mitarbeitern von Y.C.C., weiter gegen die Gemeinde vor.

Im August 2020 fand dann ein Mediationstermin statt, in den Räumen des neuen Eigentümers Y.C.C. Eberhard Voss als neuer Parkeigentümer machte Y.C.C. in diesem Termin mehrere Angebote für eine gütliche Einigung und damit erhebliche Zugeständnisse, um die Sache irgendwie einvernehmlich zu lösen. Y.C.C. lehnte all diese Entgegenkommen ab, was in die Frage mündete, wie denn aus seiner Sicht eine Lösung aussehen könnte. Er äußerte daraufhin, dass er sich vom neuen Parkbesitzer ein Haus im Wert von 2,1 Millionen Euro wünsche, an einer gleichwertigen Stelle. Mit dieser grotesken Forderung wurde schlagartig klar, dass es ihm hier um Bereicherung ging – und das mithilfe von Wissen, das er allein seiner beruflichen Position verdankte. Es verging jedoch noch einige Zeit bis deutlich wurde, in welchem Maße er hierfür mit einigen

anderen Kollegen im Amt zusammenarbeitete und seine berufliche Position missbrauchte.

Bei der Gerichtsverhandlung im Januar 2020 wiederholte Y.C.C. seine Forderung nach dem Ausgleichsgrundstück noch einmal – öffentlich und vor vielen Zeugen. Zu einer Klärung kam es nicht: Die Forderung war einfach zu grotesk. Damit fehlte es nach wie vor an der nötigen Planungssicherheit für die weitere Parkentwicklung. Ließ man Y.C.C. gewähren, würde der Betrieb des Freizeitparks nur noch unter massiven Auflagen möglich sein. Das machte einen rentablen Betrieb im Grunde unmöglich, denn dieser war ja auch mit Veranstaltungen geplant worden, teilweise in den Abendstunden. Und auch sonst hielt Y.C.C. Investor und Gemeinde mit Forderungen auf Trab, für die es Planänderungen, Gutachten und dergleichen brauchte – für den neuen Parkbetreiber eine kostspielige Sache. Bezeichnend für Y.C.C.s Vorgehen ist, dass er für das gleiche Projekt einen zweiten Antrag auf Baugenehmigung einreichte, als unsere Klage gegen seine Baugenehmigung Erfolg versprach. Wir gewannen gegen diesen ersten Bauantrag zuerst beim Landgericht und dann, nachdem der Landkreis in Widerspruch gegangen war, auch beim Oberlandesgericht. Die Gemeinde stimmte dem Bauantrag auch bei diesem zweiten Versuch nicht zu – der geplante Wohnungsbau entsprach einfach nicht dem bewilligten Flächennutzungsplan. Einmal mehr verzichtete das Bauamt des Landkreises auf unsere Meinung: Die Kollegen von Y.C.C. genehmigten auch den zweiten Bauantrag. Wieder schrieb ich einen Brief nach dem anderen, um falsche Aussagen aus dem Bauantrag zu widerlegen – leider ohne Erfolg. Selbst eine unabhängige wegerechtliche Bewertung wurde vom Amt durch ein vom Landkreis selbst erstelltes Gegengutachten ersetzt, das wiederum zahlreiche falsche Aussagen enthielt. Gleichzeitig bekam unsere Gemeinde lange, paragraphenlastige Anschreiben, mit dem man uns offenbar einschüchtern wollte. Ich kannte so ein Vorgehen ja inzwischen recht gut und prüfte die Aussagen und Paragraphen im Detail. Dabei zeigte sich, dass mehr als die Hälfte davon für unseren Fall vollständig irrelevant war. Mit dieser Überprüfung hatte offenbar niemand gerechnet, aber meine ausführlichen, Punkt für Punkt begründeten Widersprüche bewirkten wieder nichts: Y.C.C. trieb seine Bemühungen weiter voran. Die Krönung war

dann, dass man sogar schon mit dem Breitbandausbau zu seinem Grundstück begann. Der Parkeigentümer wurde dazu überhaupt nicht informiert, obwohl die Arbeiten über sein Gelände liefen. Eines Morgens trafen dort mehrere Bautrupps ein, ohne dass er oder die Gemeinde davon wusste. Als ich vor Ort ankam, um die Sache zu klären, wurde ich von Y.C.C. massiv beschimpft: Ich sei ein Hobbyjurist und Querulant, dessen Machenschaften schon einen Staatsanwalt interessieren könnten. Gleichzeitig überredete er die Bautrupps, die Arbeiten fortzuführen. Ich empfahl den Baufirmen dringend, auf den Grundstückseigentümer zu warten, da dieser über die Baumaßnahmen hätte informiert werden müsse. Als Eberhard Voss schließlich vor Ort ankam, gab es einen sehr aufgeregten, teilweise auch lautstarken Disput. Am Ende zogen die Bautrupps ab, drohten dem Parkeigentümer Voss aber, ihm den ganzen Einsatz in Rechnung zu stellen. Y.C.C. beantragte eine einstweilige Verfügung gegen den Parkbetreiber. Das Gerichtsverfahren verlor Voss in erster Instanz. Genauso unterlag er in einem weiteren Verfahren, in dem es um die Errichtung von Bauzäunen ging. Der Grund für diese Niederlagen war eine eidesstattliche Versicherung von Y.C.C., in der er aber offenkundig log. Unter anderem behauptete er, von Bauzäunen so eingeschlossen zu sein, dass er sein Grundstück nicht mehr regulär betreten könne. Ich wurde beschuldigt, eigenmächtig einen Beschluss zum Verkauf des Parks herbeigeführt zu haben, ohne das Amt mit einzubinden. Hier zitierte er eine Mitarbeiterin des Amtes, die inzwischen schriftlich bezeugt hat, so eine Aussage nicht gemacht zu haben. Die Liste zumindest fragwürdigen Vorgehens seitens Y.C.C. schließt auch die illegale Beschaffung von Grundbuchauszügen ein – und ließe sich weiter fortsetzen. Trotz allem, was wir inzwischen über diese Machenschaften wissen, sind diese verlorenen Verhandlungen übrigens bis heute rechtsgültig, denn es gab bislang keine Hauptverhandlung vor Gericht. Bis heute wurde er nicht für diesen Meineid belangt, obwohl dieser eigentlich ein Fall für die Staatsanwaltschaft wäre. Das ist in meinen Augen ein echtes Systemversagen: Du lügst vor Gericht, zahlst am Ende vielleicht eine Strafe wegen Meineids, hast aber bis dahin locker drei bis vier Jahre Zeit, um Deine Interessen durchzusetzen. Bei der Aufarbeitung des Vorgangs wurde außerdem deutlich, wie viele Mitarbeiter des Amtes in den Vorgang eingebunden waren. Immer wieder wurden sie von Y.C.C. für die Durchsetzung

persönlicher Ziele instrumentalisiert. So spitzte der Konflikt sich immer weiter zu. Parallel dazu lief die Klage unserer Gemeinde gegen den Landkreis Nordwestmecklenburg, weil dieser illegales Wohnen auf einem Gewerbegrundstück im Außenbereich ermöglicht hatte. Diese Klage wurde am 30.11.2022 in zweiter Instanz vor dem Oberlandesgericht verhandelt. Und wir bekamen Recht. Daraufhin stellten wir den Antrag, dass die Baugenehmigung zurückgezogen werden müsse – wir beriefen uns dabei auf geltendes Verwaltungsrecht. Die Antwort war ein lapidarer Brief, der auf die noch laufende Klärung im Hause verwies. Später folgte ein Gespräch, in dem man eine Rücknahme beider Baugenehmigungen zusagte. Danach geschah wochenlang nichts – und in dieser Zeit reichte Y.C.C. einen dritten Antrag auf Baugenehmigung ein. Die nachweislich falsche wegerechtliche Bewertung wurde auch zu diesem Zeitpunkt nicht geprüft und geändert, obwohl nun eine unabhängige anderslautende Beurteilung vorlag. Damit war für mich das Maß endgültig voll und ich schrieb einen langen Brief, erst an den amtierenden Landrat und dann als offenen Brief an den Kreistag. Darin schilderte ich den Vorgang ausführlich und belegte jede einzelne Aussage mit Dokumenten. Dieser Brief wurde einer gerade neu ins Amt gekommenen Juristin übergeben, die zunächst ungläubig reagierte. Verständlicherweise, der Vorgang klingt ja einfach nur abenteuerlich. Sie saß jedoch am Platz ihres Vorgängers, eines der beiden Juristen, die Y.C.C. bei seinem Feldzug gegen uns unterstützt hatten. Also sah sie sich seine, am Arbeitsplatz noch verfügbaren, Emails an. Und fand eine ganze Reihe von Postein- und -ausgängen, die meine Aussagen bestätigten. Daraufhin wurde sie umgehend tätig und informierte den neu gewählten Landrat, der nun seinerseits tätig wurde: Als die drei hauptverantwortlichen Juristen am nächsten Tag ins Büro kamen, wurde Y.C.C. selbst mit sofortiger Wirkung vom Dienst suspendiert.<sup>9</sup> Die beiden anderen waren nicht mehr länger in ihrem Arbeitsfeld eingesetzt.

Inzwischen wurde der Email-Austausch der drei miteinander gründlich ausgewertet. Dabei zeigte sich, dass Tüzen nicht der einzige Fall war, in dem die

---

<sup>9</sup> Eine Suspendierung bei vollen Bezügen, der im Februar 2024 ein Wechsel auf eine gut dotierte Stelle beim Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg.

drei Männer ihr Amt für persönliche Vorteile missbraucht hatten. Dies ändert nichts daran, dass die von Y.C.C. geschaffenen Tatsachen danach noch eine ganze Weile gültig blieben: Er nutzte weiterhin das Grundstück, sein dritter Bauantrag wurde erst deutlich später abgelehnt, die Parkplanung lag noch viele Monate weiterhin auf Eis. Inzwischen haben wir in diesem Prozess mehr als vier Jahre Zeit verloren. Aber aus Erfahrung weiß ich, dass ich den Gerichten vertrauen kann. Ich habe, auch davon handelt dieser Rückblick, oft erleben müssen, dass Behörden übel mit unserer Gemeinde umgesprungen sind. Aber wann immer wir es geschafft hatten, eine strittige Sache vor Gericht verhandeln zu lassen, haben sich unsere Argumente bestätigt. Das Problem ist, dass es immer so lange braucht und so viel Kraft kostet, den Weg bis zu diesem Punkt zurückzulegen. Und ohne Klage eben nicht geht. So einen langen Atem kann man von einem ehrenamtlichen Bürgermeister eines kleinen Dorfes aber eigentlich nicht verlangen. Deshalb kommen Verwaltungen mit offenkundigem Unrecht so oft durch – weil die Kraft für dieses Aushalten, diese Auseinandersetzung nicht reicht. Dabei sollten die übergeordneten Verwaltungen doch eigentlich unsere Interessen vertreten, das Ehrenamt der Bürgermeister im ländlichen Raum stärken und unterstützen. Stattdessen erlebte ich immer wieder Arroganz und Übergriffigkeit, die kommunale Selbstverwaltung unglaublich schwer bis unmöglich machen. Das, was ich manchmal schon „Verwaltungsdiktatur“ nenne, ist umso ausgeprägter, je kleiner die Gemeinden werden. Dieses Traktieren mit Bestimmungen, Vorschriften und Auflagen sortiert jene Gemeinden aus, denen das Wissen und die Kapazitäten für den Umgang damit fehlen. Und dies wiederum vernichtet einen wichtigen Teil unserer kommunalen Selbstverwaltung, einen essentiellen Teil unserer Demokratie. Eine Stadt mit hinreichenden Ressourcen kann damit vielleicht noch umgehen – nicht aber eine ehrenamtliche Gemeindevertretung. ▭

Michael Schmidt

## **Abenteuer in den Niederungen der Kommunalpolitik Oder: Ein Dorfbürgermeister meint es ernst mit der Demokratie**

In der mecklenburgischen Provinz ist nichts los? Da ist es noch zu finden, das ach so reizvoll verschlafene Leben, fernab der nervigen Krisen in der Welt von Politik, Wirtschaft und Finanzen? Weil dort, tief im Mecklenburgischen, sowieso alles fünfzig Jahre später stattfindet? Ein schwerer Irrtum. Wer's nicht glaubt, sollte nur einmal das beschauliche Dorf Pässe besuchen und mit den Leuten dort sprechen. Vor allem mit Adolf Wittek, dem Bürgermeister. Der Mann hat sich die Mühe gemacht, nach über drei Jahrzehnten im Amt Bilanz zu ziehen. Wer verstehen will, wie Politik „ganz unten“ funktioniert oder warum sie oft nicht richtig funktioniert, der sollte lesen, was Wittek zu sagen hat. Oder eben mit ihm sprechen.

Ich habe Wittek im Frühsommer 1992 kennengelernt. Damals arbeitete ich als Journalist für den NDR und erhielt eines Tages den Auftrag, unverzüglich mit einem Kamerateam in ein Nest unweit von Wismar zu fahren. Dort sei der Teufel los. Angeblich gebe es einen regelrechten Aufstand der Dorfbewohner gegen einen Immobilienmakler. Der – wie konnte es anders sein – natürlich aus dem Westen kam. Ost gegen West – das versprach Spannung, nicht mal zwei Jahre nach Inkrafttreten des Einigungsvertrages. Sollte dort, in



diesem Pässe, gar so etwas wie ein Praxistest auf die bejubelte deutsche Einheit stattfinden? Nichts wie hin also.

Meine Erwartungen wurden nicht enttäuscht. Das ganze Dorf war auf den Beinen. Die Sprechchöre tönnten schon von weitem über die Hauptstraße. Der, gegen den die Leute unüberhörbar Front machten, war ein aus Schleswig-Holstein angereister Immobilienmakler. Offenbar die Hassfigur schlechthin. Der Mann hatte 11 Hektar Land in Pässe gekauft – für 0,52 DM den Quadratmeter! Damit nicht genug, beanspruchte er nun auch alles, was darauf stand: Dorfkonsum, Kindergarten, Wohnhäuser, Kläranlage, eine Garage. „Wegen der Einigung können sich die Wessis hier Millionen aneignen? Eine Frechheit! Soll machen, dass er wegkommt, der Ganove!“, rebellierten lautstark die Einwohner. Auf die Beine gebracht hatte sie ihr Bürgermeister Wittek, der mit dem Mut der Verzweiflung auf diese Weise die Möglichkeiten der neuen Demokratie ausreizen wollte. Er war es auch, der Presse, Radio und Fernsehen alarmierte. Möglichst viele Menschen im Land sollten erfahren, welcher Skandal sich in Pässe abspielt. Wittek hatte kapiert, dass Protest allemal besser funktioniert, wenn er nicht nur mit viel Lärm, sondern auch möglichst öffentlich ausgetragen wird. Das kleine Dorf im Landkreis Nordwestmecklenburg darf insofern getrost als früher Seismograph ostdeutscher Befindlichkeit betrachtet werden. Und zwar Jahrzehnte bevor die Feuilletonseiten westdeutscher Gazetten die latente Unzufriedenheit der komischen Ostler entdeckten.

Schon nach dem ersten Drehtag in Pässe war mir klar: Bürgermeister Wittek hat keine Scheu, auch in kritischen Situationen klare Entscheidungen zu treffen. Er kann Leute mobilisieren und er hat Steherqualitäten, wenn's mal hart auf hart kommt. Dumm nur, dass im Fall Pässe der Herr aus dem Westen im Recht war. Überdies hatte er eine feine Nase für eine gravierende Lücke im Einigungsvertrag. Denn wer in der alten Bundesrepublik ein Grundstück besaß, dem gehörte auch alles, was darauf mal gebaut war. Diesen untrennbaren Zusammenhang zwischen Grund- und Gebäudeeigentum gab es in der DDR nicht. Zwei unterschiedliche Rechtsauffassungen prallten folglich aufeinander, weil die Verfasser des Einigungsvertrages davon entweder keine Ahnung hatten

oder diesen Unterschied als nicht dramatisch einschätzten. Was sich alsbald rächen sollte. Allein in Mecklenburg-Vorpommern gab es damals mehrere zehntausend vergleichbare Streitfälle, in denen es um eine Zusammenführung von Grund- und Gebäudeeigentum ging. Pässe war dabei sicher einer der krassensten. Insgesamt wurden aus ganz Ostdeutschland über eine Million Anfragen an das Bundesjustizministerium gestellt. Dort erkannte man die Brisanz der Konflikte. Zunächst trat ein Moratorium in Kraft, das den Alteigentümern – also in unserem Fall der Gemeinde Pässe und den Einwohnern – garantierte, ihre Immobilien aus DDR-Zeiten zu behalten. Danach wurde ein Sachenrechtsbereinigungsgesetz verabschiedet, das zur weiteren Entspannung beitrug. Ein bundesweiter Erfolg, der letztlich auch den aufmüpfigen Pässern mit ihrem widerständigen Bürgermeister an der Spitze zu verdanken ist.

Nach Jahren der Proteste, Eingaben und ständiger Termine vor Gericht konnte das Dorf aufatmen. Nun wollten sich Wittek und seine Gemeindevertreter endlich um das normale Leben kümmern und überlegen, wie Pässe in Zukunft aussehen könnte. In der Zeit habe ich einen Bürgermeister voller Ideen und Tatendrang erlebt. Sein ganzer Stolz: der neue Haustierrassenpark. Der passte in die Landschaft und bot Menschen im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eine sinnvolle Beschäftigung. Den Niedergang dieses sehenswerten touristischen Angebots konnte die Gemeinde allein jedoch nicht aufhalten. Es habe der „Rückenwind“ aus der Region gefehlt, sagt Wittek. Damit hätte man den Haustierpark sogar zu einer überregionalen Attraktion entwickeln können. Stattdessen: Egoismus und Neid in Nachbargemeinden, piefige Zurückhaltung bei der Bewertung des Projektes im Landkreis und immer weniger Fördergeld. Anscheinend ist das alte Mecklenburg so schnell doch nicht totzukriegen – wer über den eigenen Dorfanger hinausdenken möchte, der scheitert nicht selten an bürokratischen und finanziellen Hürden, die von den oberen Verwaltungen errichtet werden. Bloß nichts übereilen. Schließlich muss alles seine Ordnung haben...

Ab und zu habe ich Wittek zu Hause besucht und wollte wissen, was es Neues in Pässe gibt. Während unserer Gespräche ging er dann meistens ein

paar Schritte nach hinten in sein „Wohnzimmer-Büro“. Das sind die zwei, drei Quadratmeter zwischen Couch und Terrassentür, auf denen sein Schreibtisch samt PC und Drucker steht, umrahmt von diversen Aktenordnern. Weil er nicht von morgens bis abends im Gemeindebüro ackern wollte, pflegte er dieses „Homeoffice“. Flugs holte er einige der aktuellen, zumeist amtlichen Schreiben hervor, die ihm gerade die Ruhe raubten. Die Texte auf dem Papier – voller gewiefter juristischer Formulierungen. Meistens wortreiche amtliche Begründungen von Verhinderungen und Zurechtweisungen bis zu Drohungen. Gerichtet an ihn, den unbotmäßigen Bürgermeister. Während ich noch über den Blättern grübelte, was das Paragrafen-Deutsch bedeuten könnte, erklärte mir Wittek diese Fremdsprache nicht nur, sondern legte gleich sein weiteres Vorgehen dar. Mir nötigt das bis heute Respekt ab – die jahrelange Auseinandersetzung mit einem westdeutschen Makler und die darauf folgenden Mühen der kommunalen Ebenen haben aus ihm einen versierten Kommunalpolitiker gemacht. Widerständig ist er geblieben. Nicht unbedingt zur Freude der Landkreisverwaltung und anderer Gremien. Aber was macht Demokratie aus? Das klaglose Abnicken der Vorgaben „von oben“? Sind Bürgermeister und Gemeindevertreter erwünscht, die nur Erfüllungsgehilfen der „großen Politik“ sind? Oder sollte den Parlamentariern in den Kommunen nicht besser zugestanden werden, ihr Dorf und ihre Stadt weitestgehend in Eigenregie zu gestalten? Der Anspruch heißt doch „Kommunale Selbstverwaltung“. Dafür wäre aber ein finanzieller Spielraum erforderlich, den es im realen Leben nur selten gibt. Die Kommunalvertretungen haben ein finanzielles Korsett zu ertragen, das ihnen von Bund und Land verpasst wird.

Unter solchen Umständen ist Kommunalpolitik nicht unbedingt das reine Vergnügen. Denn – und das sei bitte nicht vergessen! – nicht nur Wittek und seine Gemeindevertreter leisten ihre Arbeit für das Dorf ehrenamtlich. Gleiches tun Bürgermeister und Gemeindevertreter in rund 700 Orten in MV. Es sind Frauen und Männer, die nach Feierabend über Wohl und Wehe ihrer Kommune entscheiden. Es mag sich pathetisch anhören – aber sie sind die tragenden Säulen unserer Demokratie. Deshalb haben sie auch vom Land und vom Bund mehr

Anerkennung verdient als nur einen warmen Händedruck und einen Blumenstrauß zum alljährlichen „Tag des Ehrenamtes“.

Wittek gehörte mal der SPD an. Aber wenn er seine Genossen über die finanziellen Nöte der Gemeinden informieren und darüber mit ihnen diskutieren wollte, traf er auf zunehmende Entfremdung: „Am Ende waren alle nur noch genervt und hörten mir nicht mehr zu. Bei Versammlungen konnte ich richtig sehen, wie ‚nicht schon wieder er, mit seiner Finanzierung der Gemeinden‘ im Raum stand – man nahm mich schlichtweg nicht mehr ernst, mit der Arroganz derer, dessen Problem es eben nicht ist.“ Er spricht damit ein sehr gegenwärtiges Problem an: viel zu viele Menschen fühlen sich mit ihren Fragen und Sorgen von der etablierten Politik nicht mehr wahr-, geschweige denn ernstgenommen. Witteks persönliche Schlussfolgerung: Es war an der Zeit, seine Partei zu verlassen. Auf noch mehr Konfliktfelder hatte er keine Lust. Es wird für ihn ein schwacher Trost sein, dass die Realitäten im Recht geben. Erst kürzlich warnte der Deutsche Städtetag: „Die Zeiten ausgeglichener Haushalte sind für die Kommunen vorbei. Inflationsbedingte dramatische Ausgabensteigerungen und gering wachsende Einnahmen bilden eine unheilvolle Allianz... Deshalb müssen wir grundsätzlich an die Finanzausstattung rangehen. Wir müssen weg vom Förderwirrwarr, insbesondere für die zentralen Transformationsaufgaben, die von den Kommunen umgesetzt werden müssen. Es ist klüger, stattdessen grundsätzlich den Steueranteil der Städte und Gemeinden zu erhöhen, zum Beispiel an der Umsatzsteuer. Es ist wichtig, dass die Städte wieder mehr investieren können.“

Auch Pässe konnte die Flaute in der Gemeindekasse auf Dauer nicht ignorieren. Mit der Eigenbewirtschaftung des Haustierrassenparks war es vorbei. Ein neuer Betreiber musste gesucht werden. Gefunden wurde ein umtriebiger Jungunternehmer aus der Gesundheitsbranche. Seine Ankündigungen für eine gesicherte Zukunft des Parks klangen verlockend. Doch es dauerte nicht lange und Bürgermeister Wittek musste sich eingestehen: Pässe war schon wieder auf einen Glücksritter reingefallen, dem es letztlich um Grund und Boden des Parks und um die darauf befindlichen Immobilien ging. Ich erinnere mich, wie

er mir gegenüber saß, seinen Kopf schüttelte und fragte, was er bloß verbochen habe, dass ausgerechnet Pässe von solchen „Typen“ heimgesucht werde. Ich antwortete, dass bestimmt die wahrlich schöne Natur rund um das Dorf Schuld sei. Die einmalige Endmoränen-Landschaft mit ihren sanften Hügeln und im weiten Umkreis nicht ein Windrad. Offenbar übe diese Gegend auch auf abgebrühte Geschäftemacher eine magische Anziehung aus. Außerdem könnte ich mir denken, dass Leute dieses Schlages der festen Überzeugung seien, einen kleinen Dorfbürgermeister wie den Wittek locker über den Tisch ziehen zu können. Der wisse doch eh nicht Bescheid...

Eine kapitale Fehleinschätzung. Anders als im Fall des westdeutschen Maklers waren die Frontlinien nun allerdings weniger klar gezogen. Konnte der dynamische Ost-Chef einer Gesellschaft für Sozial- und Gesundheitsdienste doch auf die Empfehlung einer Landesbehörde verweisen, war in der Landes-SPD bis hoch in Ministerien bestens vernetzt und besaß einen hervorragenden Leumund. So einem wollte Wittek betrügerische Machenschaften nachweisen? Ausgerechnet er, ein SPD-Aussteiger? Ja, das wollte er. Ich weiß nicht, wie viele Kommunalpolitiker unter diesen Umständen ihren Posten hingeschmissen hätten. Wittek blieb sich treu. Er ging zum x-ten Mal im Gemeindebüro und hinter seiner häuslichen Couch die Akten durch und konnte sich dabei gelegentliches Fluchen nicht verkneifen. Er beantwortete unerquickliche Post, bereitete sich auf Gerichtstermine vor und beraumte endlose Sitzungen der Gemeindevertretung an. All das zog sich hin über Jahre – bis der sogenannte Investor das Feld räumte. Nicht unerwähnt sollte bleiben, dass dieser Unternehmer, auch außerhalb von Pässe für Negativschlagzeilen sorgte. Zeitungen berichteten im Jahr 2017, das Finanzgericht habe seiner Gesellschaft die Gemeinnützigkeit aberkannt. Grund: der umtriebige Firmenchef habe sich zu viel eigenes Salär gegönnt. Wittek hatte den Braten gerochen.

Was muss ein ehrenamtlicher Bürgermeister können? Was qualifiziert ihn für diese Tätigkeit? Muss er Betrügereien und leere Versprechungen schon von weitem wittern? Wie viel Vertrauen in Einwohner und Partner ist nötig für seine Arbeit? Wie viel Misstrauen darf sein? Und woher nimmt ein Dorfbürgermeis-

ter eigentlich seine Ermutigung – von seinen Wählern und den Mitstreitern in der Gemeindevertretung, von seriösen Investoren? Wittek hatte sich im Laufe der Jahre nicht nur elementares juristisches Knowhow angeeignet, er blieb trotz aller Nackenschläge stets ein optimistischer Realist. Wahrscheinlich ist das eine der Grundtugenden für jegliches kommunalpolitisches Engagement. So gewappnet überstand er auch den nächsten Konflikt. Wieder ging es um eine Immobilie. Wieder entzündete sich der Streit zwischen einem zugezogenen Bürger und der Gemeinde an nicht eingehaltenen Verabredungen. Selbstherrlich und eigenmächtig interpretierte der Neu-Passeer vereinbarte Verträge über Bauplanung und Nutzung eines Gebäudes zu seinem privaten Vorteil und blockierte damit obendrein neue Projekte für den ehemaligen Haustierrassenpark. Wie nicht anders zu erwarten in Passee – auch diese Auseinandersetzung zog sich hin. Mit all dem zur Genüge bekannten Prozedere: Rechtsanwälte und Gerichte wurden bemüht und die Lokalpresse nahm einmal mehr Passee in den Blick. Das allein wäre für Bürgermeister Wittek kein Grund gewesen, unruhig zu werden. Ihm bereitete die Tatsache Bauchschmerzen, dass der neue Kontrahent Unterstützer von Amts wegen hatte. Angestellt in der Kreisverwaltung als Chef der Kommunalaufsicht und zuständig auch für Datenschutz, hielt er es offensichtlich für legitim, Recht und Gesetz nach eigenem Gutdünken auszulegen. Wohlwollend gedeckt von seinen Dienstherren. Für Bürgermeister Wittek ein Unding. Diese Eine-Hand-wäscht-die-andere-Strukturen mit denen er es zu tun bekam, beschreibt er anschaulich als „Systemversagen“ und „abenteuerlich“. Zwar war er gezwungen, in den vergangenen Jahren auf dem weiten Feld der Kommunalpolitik ein vielseitiges Training zu absolvieren und hatte mit Erfolg jeden Praxistest bestanden. Aber allein als Einzelkämpfer hätte er die Interessen seines Dorfes nicht behaupten können. Dafür brauchte es schon das Vertrauen und die Geschlossenheit der Gemeindevertreter an seiner Seite. Beides gaben sie ihm.

Auf dieses letzte Kapitel seiner Karriere als Dorfbürgermeister hätte Wittek trotzdem liebend gern verzichtet. Zu deprimierend für ihn war das Erleben von amtlich sanktionierter Korruption. Ganz abgeschlossen ist die Geschichte aber nicht. Es ist noch über Parteienfilz zu sprechen. Dazu muss man wissen,

dass besagter Chef der Kommunalaufsicht wegen Untreue vom Dienst suspendiert wurde. Nach dem Hausverbot in der Kreisverwaltung gelang ihm die weiche Landung als Dezernatsleiter im Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg, in einer Behörde des SPD-geführten Landwirtschaftsministeriums. Nach wie vor besitzt der im Landkreis geschasste Beamte das Parteibuch der SPD. Das hatte ihm schon in der Kreisverwaltung – und danach? – gute Dienste getan. Und soll es jetzt wieder tun. Er wurde bei seiner Partei vorstellig und bat dringend darum, sie möge ihn doch auf die Kandidatenliste zur Kommunalwahl in Pässe setzen. Was sie auch anstandslos tat.

Wittek hingegen tritt zur Kommunalwahl 2024 nicht mehr an. Eine Entscheidung, die dem Alter geschuldet ist. Einen geeigneten Nachfolger für die neue Kandidatenliste habe er schon gefunden, erzählt er und freut sich darüber. Wenn man mich – seinen journalistischen Wegbegleiter – fragen würde, hätte ich noch einen anderen Vorschlag: Wie wäre es, wenn er neben dem Gemeindebüro in Pässe einen Schulungsraum einrichtet? Ein Anlaufpunkt für angehende und noch nicht so erfahrene Menschen, die sich in die Kommunalpolitik von MV einbringen wollen. Adolf Wittek hätte ihnen eine Menge mit auf den Weg zu geben. ▭

**Offener Brief Adolf Witteks an die Fraktionen des Kreistages  
Nordwestmecklenburg vom 10.07.2023**

Sehr geehrte Damen und Herren des Kreistages Nordwestmecklenburg,

nachdem ein dritter Bauantrag von Herrn C. mit unserer Anwältin und der Gemeindevertretung beraten wurde, ist das Einvernehmen der Gemeinde nicht erteilt worden. Die Gemeindevertretung Pässe versagte das Einvernehmen einstimmig. Alle Gemeindevertreter waren anwesend. Befremdet haben sich mehrere Gemeindevertreter/innen über den 3. Bauantrag für das gleiche Projekt/Grundstück geäußert. Als Bürgermeister der Gemeinde Pässe kann ich nur hoffen, dass die Gemeindevertretung nicht ein drittes Mal übergangen wird.

Über die Umgangsweise der Verwaltung mit der Gemeinde Pässe bin ich sehr verärgert. Vor mehr als 30 Wochen hat das OLG Greifswald, am 31.11.2022, den Beschluss des VG Schwerin bestätigt und den Bauantrag nicht nur für nichtig erklärt, sie hat mit ihrer Begründung einem Hauptverfahren, kaum eine Chance gegeben. Vor ca. 28 Wochen, am 12.12.2022, habe ich für die Gemeinde Pässe den Antrag gestellt, die beiden Baugenehmigungen zurückzunehmen. Mein Ziel war es, eine normale Zusammenarbeit zwischen Landkreis und Gemeinde anzustreben. Deshalb schrieb ich in den damaligen Antrag: „Die Gemeinde fühlt sich nicht als Gewinner des Verfahrens, vielmehr gehen wir davon aus, dass es keinen Gewinner geben kann.“ Im Nachhinein muss ich feststellen, dass der Landkreis nicht an einer Beilegung der Streitigkeiten inte-



ressiert ist. Die Belange ihres Fachdienstleiters der Kommunalaufsicht Y.C.C. stehen über den Interessen der Gemeinde Pasee, selbst wenn der Landkreis damit gegen Rechtsvorschriften und Gesetze verstößt.

Nach vier Monaten Warten hat sich der Landkreis Nordwestmecklenburg (LK NWM) am 17.04.2023 zu einem Gespräch bereit erklärt und den Beteiligten einen Vergleichsvorschlag vorgelegt. Zu dem Vergleichsvorschlag möchte ich nochmal bemerken, dass damit das Wohnrecht der Familie C. durch die Hintertür gesichert werden sollte. Dazu passt auch, dass der Landkreis bis heute keine Nutzungsuntersagung für das betroffene Gebäude erteilt hat. Der Vergleich kam nicht zustande und am 26.04.2023 erklärten der LK NWM schriftlich, beide Baugenehmigungen aufzuheben. Nach weiteren 12 Wochen Warten ist nun ein Schreiben des LK NWM eingegangen, mit dem die Baugenehmigungen aufgehoben werden.

Man kann auch nichts anderes erwarten, wenn Herr N., der Hauptverantwortliche für diesen Rechtsstreit, nach wie vor Herr des Verfahrens ist. Aus meiner Sicht ist er befangen und dürfte im 3. Verfahren um einen Bauantrag nicht mehr eingebunden werden. Die Nähe zu Herrn C. und die Verwendung seiner privaten aber falschen Argumentation in verschiedenen Schreiben durch Herrn N. und weitere Verwaltungsmitarbeiter sind ein klarer Beleg dafür.

Seit Januar 2019 werden die Interessen der Gemeinde Pasee mit Füßen getreten und die Arbeit eines ehrenamtlichen Bürgermeisters beständig negiert. Nachgewiesen unberechtigt sind drei Juristen des Landkreises NWM gut organisiert gegen die Gemeinde vorgegangen. Dabei ist festzustellen, dass es immer um die Interessen von einem der drei Juristen ging. Herr C., der auch Fachdienstleiter der Kommunalaufsicht ist, will gegen die Interessen der Gemeinde sein privates Wohnprojekt in einem Sondergebiet für Tourismus und zudem im Außenbereich durchsetzen.

Mit einer Flut von behördlichen Maßnahmen sind Sie in diesem Zusammenhang, nach einer Rechtsaufsichtsbeschwerde des Fachdienstleiters der Kommunalaufsicht Herrn C., völlig überzogen und im hohen Maße rechtswidrig

gegen die Gemeinde Pässege vorgegangen. Sie haben angeordnet, einen Beschluss aufzuheben, beim Grundbuchamt angeordnet eine Grundbucheintragung nicht vorzunehmen, widerrechtlich ein Notariat angewiesen einen Kaufvertrag nicht zu vollziehen, der Gemeinde mit einer unhaltbaren Begründung die Wahrnehmung einer Beratungsfunktion aufgezwungen und von der Vornahme des Informationsrechts Gebrauch gemacht, um Druck auszuüben. Weiterhin haben Sie eine Zwischenverfügung gegen einen Kaufvertrag erlassen, einen Verkaufsbeschluss der Gemeinde rechtswidrig beanstandet und aufgehoben. Selbst bei der Straßenaufsichtsbehörde reichte ein Anruf von Herrn C., um noch zusätzlich von der Gemeinde eine Stellungnahme zu fordern. Man hatte den ehrenamtlichen Bürgermeister der Gemeinde Pässege ja noch nicht genug beschäftigt.

Aber nicht nur die Gemeinde ist von dem Vorgehen der drei Juristen C., S. und N. betroffen. Auch einem Investor, der in unserer Gemeinde investiert und Arbeitsplätze schaffen will, ist von diesen Vorgängen direkt betroffen.

Um den Druck aufrechtzuhalten, wurde ein Widerspruch der Gemeinde gegen die Baugenehmigung und ein Antrag auf Aussetzung der Vollziehung des Bauantrages abgelehnt. Auf viele berechtigte Einwände und Erklärungen seitens der Gemeinde wird nicht eingegangen, selbst wenn der Landkreis offensichtlich mit seiner Argumentation falsch liegt. Die Bitte, den Bauantrag von unabhängiger Seite prüfen zu lassen, fand kein Gehör. In Gutsherrenmanier wird dem Bürgermeister in mehreren Schreiben erklärt, was er zu tun hat und was passiert, wenn er es nicht tut. Baugesetz, Bauordnung, selbst das Grundgesetz haben für die Gemeinde Pässege keine Gültigkeit.

Dies zeigt auch ein unerhörter Vorgang um die Beschaffung und Nutzung von Grundbuchauszügen. Grundbucheinsichten von Privatpersonen sind nur bei berechtigtem Interesse möglich und müssen schriftlich beantragt werden. Für Herrn C. reichte im September 2020 ein Telefonat mit einer Mitarbeiterin im Grundbuchamt und er bekam 11 Seiten eines Grundbuchs abends an der Pforte ausgehändigt. 11 Seiten, auf denen der gesamte Bestand der Flurstücke des In-

vestors verzeichnet war und einiges mehr, obwohl er nur für 1 Flurstück ein angebliches berechtigtes Interesse nachweisen kann. Einen Teil der Grundbuchauszüge hat er dann in einem einstweiligen Verfügungsfahren gegen den Investor (dem Eigentümer der Grundbuchauszüge) verwendet und in einem Bauverfahren gegen die Gemeinde. Der Justiziar Herr S. hat in einem Schreiben den widerrechtlichen Vorgang zwar festgehalten, um am Ende aber zu definieren, dass „die Angelegenheit abschließend plausibel geklärt ist.“ Ein solches Vorgehen ist für einen Bürger aus dem Landkreis nicht möglich. Herr C. hat seine Dienststellung und seine Bekanntheit innerhalb der Behörde ausgenutzt und der Landkreis, in Person Herr S., hat eine Beschwerde darüber abgebugelt. Weder Herr C. noch betreffende Mitarbeiter wurden zur Verantwortung gezogen. Vor dem Hintergrund, dass Herr C. selbst Datenschutzbeauftragter unseres Landkreises war, geht das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit gegenüber Herrn C. gegen Null.

Flankiert wird das Vorgehen des Landkreises von begleitenden Aktionen der „Privatperson C.“ Da wird eine Anzeige wegen Beleidigung und Ehrverletzung bei der Polizei gemacht, weil ich bei Facebook einen Beitrag geliket habe, der sich mit Personalien des LK befasste aber deutlich erkennbar nicht von mir stammte. Da wird die Einsicht in Protokolle der Gemeindevertreter-sitzung verlangt, obwohl diese von der GV noch nicht bestätigt sind. Da wird, an der Gemeinde vorbei, von unserer Amtsverwaltung eine Feststellung über die Öffentlichkeit eines Flurstücks verlangt. Da wird eine eidesstattliche Versicherung von Herrn C. und seiner Frau mehrfach falsch vorgetragen und der Bürgermeister direkt diffamiert. Als Krönung wird sich dann mit der eidesstattlichen Versicherung und den illegal beschafften Grundbuchauszügen ein Vorteil in einem einstweiligen Verfügungsverfahren gegen den Investor verschafft. Die falschen Aussagen werden auch von Mitarbeitern des LK in einem Anhörungsverfahren verwendet und nicht nur da. Da wird mehrfach die Polizei gerufen, um ein Tor öffnen zu lassen, das nie verschlossen war. Das angeblich immer wieder verschlossene Tor wird dann medienwirksam mit seinem Sohn weggetragen. Da reicht ein Anruf des „Petenten C.“ bei der Straßenaufsichtsbehörde, um eine umfassende straßenrechtliche Bewertung anzufertigen.

Aktuell in dieser Sache hat Herr N., auf Nachfrage der Anwaltskanzlei des Investors, erklärt: „In der Sache muss ich Ihnen nach Rücksprache mit dem Sachgebiet mitteilen, dass wir die strittige straßen- und wegerechtliche Bewertung nicht zurücknehmen werden. Wir sind gerade an einer gerichtlichen Klärung der rechtlichen Qualität einer solchen auf Bitten des für die Gemeinde als zuständigen Straßenbaulastträgers agierenden Amtes ergangenen Einschätzung interessiert.“

Weder die Gemeinde Pässe noch das Amt Neukloster Warin haben einen Antrag gestellt, eine wege- und straßenrechtliche Bewertung durch die Verwaltung des LK NWM fertigen zu lassen. Mussten wir auch nicht. Der Gemeinde und dem Amt lag zu der Zeit schon mehr als 3 Monate ein Gutachten eines neutralen Fachanwalts für Verwaltungsrecht vor. Daraus ging eindeutig hervor, dass das streitbefangene Flurstück 213 keine öffentliche Zuwegung ist. Das deckte sich auch mit unserer Auffassung. Die Anwaltskanzlei wurde durch den LVB Herrn M. neutral bestimmt. Grund war ein schriftlicher Antrag von Herrn C., in dem er „die Feststellung auf der Eigenschaft einer öffentlichen Straße“ vom Amt verlangte. Das Ergebnis war genau das Gegenteil von dem, was Herr C. beantragt hat. Das Gutachten ordnete das Flurstück als „nichtöffentlichen Weg“ ein.

Erst danach wurde die Verwaltung des Landkreises aktiv. Es reichte der „Anruf des Petent C.“ (Zitat aus der Bewertung) und der LK NWM fertigte auf eigene Kosten, eine zweite Bewertung an, die nun den Interessen Herrn C.s entsprach und das Flurstück 213 als „öffentliche Straße“ einstuft. Der LK NWM nutzte dann seine eigene Bewertung, die ich für ein Gefälligkeitsgutachten halte, in einem Gerichtsverfahren um eine Baugenehmigung und scheiterte dort. Damit hat Herr C. zwei Bewertungen auf Kosten des Steuerzahlers veranlasst. Auch die Kosten für die „gerichtliche Klärung“ der „straßen- und wegerechtlichen Bewertung“ trägt einzig und allein der LK NWM sowie die Kosten für den Rechtsstreit um die 1. Baugenehmigung. Es gibt immer nur einen Nutznießer, Herrn C. selbst, der auch in der Kreisverwaltung leitend tätig ist. Mit einer glatten Falschbehauptung verschleiert Herr N. die Tatsachen bei den Beteiligten,

der Gemeinde, dem Amt, dem Investor aber vor allem dem Gericht und suggeriert, er würde in öffentlichem Interesse handeln. Gerichtsverfahren und viele Schreiben belegen, dass das Gegenteil der Fall ist. Er handelt allein im Interesse von Herrn C.

Dies belegt auch der Umstand, dass seit dem Beschluss des OLG Greifswald im November 2022, Herrn C. die Wohnnutzung untersagt werden müsste. Aber genau das verhindern, mit den beschriebenen Aktionen, Herr N. und Herr C. Damit geht der Rechtsstreit weiter und es gibt weiterhin keine Planungssicherheit für den Investor. Auch die Verwaltungs- und Planungshoheit der Gemeinde Pässe werden durch Herrn N. weiterhin torpediert.

Die Verwaltung des LK MWM nimmt zwei Bauanträge erst 7 Monate nach dem Beschluss des OLG Greifswald zurück und gibt Herrn C. damit genug Zeit, einen dritten Bauantrag zu stellen. So werden die Ergebnisse der Gerichtsverfahren negiert und weiterhin wird das Geld des LK NWM in sinnlosen Prozessen vernichtet. In unserer Gemeinde rechnet man schon mit einem vierten Bauantrag. Nach dem Motto irgendwann sind sie müde und der Investor weg.

Da wird von Herrn C. in der Bürgerfragestunde einer GV-Sitzung keine Frage gestellt, sondern ein Schreiben verlesen und damit ein Antrag gestellt, dass Protokoll der letzten Sitzung zu ändern. Einen Antrag, den er ohne Mandat eines Gemeindevertreters gar nicht stellen kann. Anschließend wird von ihm, ohne den Bürgermeister zu fragen, in der Sitzung das Schreiben an die Gemeindevertreter direkt verteilt. Während der Versammlung versucht er direkt bei der Protokollantin nochmal Einfluss zu nehmen. Als Fachdienstleiter der Kommunalaufsicht verletzte er in mehrfacher Hinsicht die Kommunalverfassung, die Geschäftsordnung der Gemeinde und die Coronaauflagen. An dieser Stelle hilft auch die Ausrede nicht mehr „er sei als Privatperson dort gewesen“, für einen Fachdienstleiter der Kommunalaufsicht ist das nicht mehr zu entschuldigen.

Da fertigt, nur drei Tage nach Beschlussfassung in der GV-Sitzung, die Kommunalaufsicht des LK NWM eine Anordnung zur Aufhebung eines Beschlusses

an. Mit dem Beschluss, zu Gunsten eines kleinen Prämiensystem, sollten die Kameraden zur Weiterbildung angeregt und langfristig an die Feuerwehr gebunden werden. Das war im April 2022 und bis heute ist es der Kommunalaufsicht nicht gelungen, gemeinsam mit unserem Amt eine Lösung zu finden. Vor dem Hintergrund, dass es sich um Kosten von 430,00 € im Jahresdurchschnitt der nächsten 10 Jahre handelt, ist das nur noch peinlich und eine reine Verhinderungsstrategie von der Kommunalaufsicht. Entgegen anders lautender Behauptungen ist auch Herr C. in die Sache eingebunden. Er war auch in der Sitzung anwesend, als über diesen Beschluss abgestimmt wurde.

Herr C. war auch Initiator einer Beschwerde gegen mich. Ich wurde der doppelten Falschbeurkundung beschuldigt und er forderte seinen Mitarbeiter in der Kommunalaufsicht Herrn F. auf: „energisch meinem Verhalten entgegenzutreten“. Ich hätte ein Verwaltungsverfahren zu früh (drei Tage mit Sa und So) ausgehängt. Herr C. wies ausdrücklich auch auf die Strafbarkeit hin. Herr F. reagierte wunschgemäß und bis heute ist der Vorwurf nicht zurückgenommen worden. Obwohl vom Amt Neukloster-Warin ausreichend dazu aufgeklärt wurde, ist Herr F. bei der Beschuldigung geblieben. Wenn ich nachweislich eine doppelte Falschbeurkundung verschuldet habe, warum wird dann keine Anzeige gegen mich erstattet. Oder ist es bequemer, bei passender Gelegenheit mir eine Falschbeurkundung vorzuwerfen? Einem ordentlichen Gerichtsverfahren hält diese Anschuldigung nicht Stand.

Betrachtet man die Entwicklung seit Januar 2019 muss man feststellen, dass inzwischen mindestens 25 namentlich bekannte Mitarbeiter der Verwaltung des LKNWM gegen die Interessen der Gemeinde gehandelt haben und dies immer zum Vorteil von Herrn C. An einen Zufall glaube ich nicht mehr. Die Namen sind aus dem Schriftverkehr bekannt. Nicht berücksichtigt sind die Mitarbeiter, die nicht namentlich auf den vielen Schreiben erscheinen, weil sie den Verantwortlichen zuarbeiten müssen.

Da auch weiterhin jedes Stück Arbeit und jeder kleine Erfolg nicht aus einer Zusammenarbeit, sondern nur aus gegenseitigem Kampf hervorgehen, habe ich

mich entschlossen, nicht mehr als Bürgermeister für die Gemeinde Pässe anzutreten. Für mich ist dieser Umgang miteinander frustrierend, kostet unendlich viel Zeit, ist einem Ehrenamt unwürdig und macht mich krank. Nach über 30 Dienstjahren, stehe ich für die nächste Wahlperiode nicht mehr zur Verfügung.

Nicht nur in unserer Gemeinde, vor allem für viele kleinere Gemeinden gibt es kaum noch Selbstverwaltung und keine Demokratie mehr. Ich empfinde das Vorgehen, der im Schreiben genannten Verwaltungsbeamten, als rücksichtslos und selbstherrlich. Das Ehrenamt der Gemeindevertretung und ihres Bürgermeisters verkommt so zu einem Gefälligkeitsgehilfen der Verwaltung auf allen Ebenen. In unserem Fall, um die Interessen eines leitenden Beamten der eigenen Verwaltung durchzusetzen. Dazu bin ich nicht bereit und werde, nach fast 5 Jahren der Hoffnung, auf eine sachliche und vorurteilsfreie Zusammenarbeit, nicht mehr schweigen.

Sehr geehrte Damen und Herren des Kreistages, ich bitte Sie, die Vorkommnisse zwischen LK NWM und der Gemeinde Pässe zum Anlass zu nehmen, meine Vorwürfe zu Prüfen und als Hauptorgan des Landkreises gegenüber der Verwaltung geeignete Schritte zu unternehmen, um wieder eine faire Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Die ehrenamtliche Arbeit der Gemeindevertretung und des Bürgermeisters ist zurzeit stark eingeschränkt. Sie wird einerseits ein Beispiel sein für weniger Interesse an diesem wichtigen Demokratieangebot, der Mitbestimmung auf kommunaler Ebene und andererseits die Tür ein Stück weiter öffnen für Wähler, die nicht mehr der Demokratie vertrauen.

Für Nachfragen, auch innerhalb von Fraktionssitzungen, stehe ich ihnen zur Verfügung. Ich bitte Sie, den Offenen Brief allen Kreistagsmitgliedern zugänglich zu machen.

Mit freundlichem Gruß


Adolf Wittek, Bürgermeister Gemeinde Pässe ↵

An aerial photograph of a rural landscape. In the upper left, a light-colored, irregularly shaped area is identified as a gravel pit. In the lower right, a rectangular area with several ponds and structures is identified as a wastewater treatment plant. The landscape is a mix of fields, forests, and some buildings.

Kiesgrube

Kläranlage





ehem. Haustierrassenpark

Ortsteil TÜZEN

PASSEE

FOTO: ROBERT LEVETZOW, JULI 1996

*Eigentlich schön hier im Mecklenburgischen*

Sie sind/waren ehrenamtlich im ländlichen Raum tätig und haben eigene Erfahrungen gemacht, Probleme lösen müssen und hätten sich Austausch oder Hilfe gewünscht?

**Wir würden  
gern mit Ihnen  
darüber  
sprechen:**

[www.forum-kommunalpolitik.org](http://www.forum-kommunalpolitik.org)







A. Wittek . Foto: privat

Diese Geschichte spielt in Pässe, einer kleinen Gemeinde im Landkreis Westmecklenburg, in Mecklenburg-Vorpommern. Und teilweise sogar im noch kleineren Tüzen, einem Teil von Pässe, der aber gleichzeitig auch ein eigenständiges

Dorf ist. Sie ist einzigartig und gleichzeitig charakteristisch bis repräsentativ für viele ländliche Gegenden.

Und deshalb für all jene interessant, die sich fragen, wie wir unsere Gesellschaft gemeinsam so gestalten können, dass die Menschen wieder mehr Vertrauen fassen und solidarischer denken.

